ISSN 1022 – 2448

Genossenschaft Zeit-Fragen
Redaktion und Verlag
Postfach 247, CH-9602 Bazenheid
Telefon: +41 44 350 65 50
Telefax: +41 44 350 65 51
redaktion@zeit-fragen.ch;
abo@zeit-fragen.ch; www.zeit-fragen.ch

ZKZ 59600 PVSt Deutsche Post

Zeit-Fragen

6. Januar 2026
34. Jahrgang
Nr. 1

AZA
9602 Bazenheid
POST CH AG

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung
Für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

«Maduro wurde gefasst»: Souveränität wird zum Objekt eines Raubzuges

*von Giuseppe Gagliano**

Trump sagte es, ohne zu zögern, mit der Lässigkeit, mit der man das Ergebnis eines Golfspiels verkündet: «*Maduro* wurde gefasst.» Nicht verhaftet, nicht abgesetzt, nicht besiegt. Gefasst. Ein Begriff aus der Welt der Kopfgeldjäger, nicht des Völkerrechts. Und bereits ausser Landes gebracht wie ein sperriges Paket. Mit einem Schlag wird Venezuela vom souveränen Staat zum kriminellen Schauplatz und sein Präsident vom Regierungschef zum internationalen Häftling. Alles ohne Kriegserklärung, ohne Abstimmung im Kongress, ohne eine öffentliche Debatte, die diesen Namen verdient. Ein einziger Post genügt. Und Geopolitik wird auf *Truth Social* [der Social-Media-Plattform von Donald Trump] ausgetragen.

Diese Erzählung ist seit Jahrzehnten bewährt und in ihrer Brutalität beruhigend: Maduro ist kein Präsident, sondern ein Boss, Venezuela kein Land, sondern eine Räuberhöhle, die Operation kein Krieg, sondern ein internationaler Einsatz. Es ist die Weltpolizei, die zuschlägt. Doch wenn sich Krieg als Polizeieinsatz tarnt, bricht die letzte verbliebene Barriere zusammen: die Souveränität. Und wenn die Souveränität eines Einzelnen zusammenbricht, droht die Souveränität aller anderen zu brechen.

> «Die eigentliche Frage ist nicht, ob Maduro gestürzt ist. Sondern was danach kommt. Denn die Geschichte lehrt uns eine Lektion, die Washington stets zu vergessen vorgibt: Einen Mann zu stürzen ist leicht, Ordnung wiederherzustellen hingegen äusserst schwierig. Und wenn Krieg als ethische Säuberung verkauft wird, hinterlässt er meist nur noch mehr Dreck.»

Der Vergleich drängt sich auf: Panama 1989, als *Manuel Noriega* wie ein lästiges Paket abgeholt wurde. Doch Venezuela ist nicht Panama, und Maduro ist nicht Noriega. Hier geht es nicht nur um einen Mann, der gestürzt, sondern um ein ganzes System, das zerschlagen werden muss. Hier gibt es Öl, eine lange Geschichte von Sanktionen, wirtschaftlicher Strangulierung, ferngesteuerter Opposition und vor allem eine klare Botschaft: Wenn wir dich für einen Verbrecher halten, können wir dich überall festnehmen. Die Option eines ordentlichen Gerichtsverfahrens, internationales Recht wird ignoriert.

Und da ist ein Detail, das viele geflissentlich übersehen: Wenn Maduro tatsächlich gefasst wurde, hat jemand innerhalb des venezolanischen Systems die Tür geöffnet. Verrat, Zusammenbruch, Komplizenschaft? In jedem Fall ist es nicht einfach nur ein Sieg. Es ist der Beginn eines gewaltigen Problems. Denn die Entmachtung der obersten Führungsriege bedeutet nicht, die Kontrolle über das Verbleibende zu erlangen. Oftmals bedeutet es, ein Chaos hervorzurufen, das zuvor – im Guten wie im Schlechten – von einer zentralen Macht verhindert wurde.

Hier kommt der eigentliche Kernpunkt, der in offiziellen Stellungnahmen unerwähnt bleibt: Ressourcen. Die politische Entmachtung des venezolanischen Regimes ist weder ein moralischer Akt noch ein Akt universeller Gerechtigkeit. Es ist eine kalte, strukturelle wirtschaftliche Entscheidung, die in Washington lange geplant wurde. Besitzt ein Land aussergewöhnlich viele strategische Ressourcen, so sind Politik und Wirtschaft untrennbar miteinander verbunden, und Wirtschaft und Sicherheit ebenso. Ein Angriff auf die Spitze bedeutet, die Befehlskette zu durchtrennen, die den Zugang zu Reichtum regelt.

Venezuela ist nach wie vor eine unvollendete Energie-Supermacht. Seine Besonderheit liegt nicht in Knappheit, sondern im Überfluss: Es verfügt über die weltweit grössten zertifizierten Ölreserven, die grösstenteils schwer zu fördern sind und daher Technologie, Kapital und eine stabile industrielle Lieferkette erfordern. Das Problem für Washington ist nicht die geringe Ölproduktion von Caracas. Das Problem ist vielmehr, dass die wenigen geförderten Ölmengen politisch instrumentalisiert werden. Und dieses zukünftige Potential könnte, wenn es freigesetzt

Fortsetzung auf Seite 2

* *Giuseppe Gagliano* ist ein italienischer Journalist, Geopolitik-Experte und Philosoph, der sich auf Wirtschaftsspionage, Konfliktanalyse und strategische Studien spezialisiert hat und für verschiedene italienische und internationale Medien schreibt. Er ist Präsident und Gründer des *Centro Studi Strategici Carlo De Cristoforis* (*Cestudec*) in Como und lehrt zudem an der Universität von Kalabrien und am *Istituto Alti Studi Strategici e Politici* (IASSP) in Mailand. Er hat zahlreiche Beiträge über Wirtschaftskriegsführung und die Rolle von Geheimdiensten in der modernen Politik veröffentlicht.

Öffnung der «Büchse der Pandora»

von Žvadin Jovanović, 4. Januar 2026

Venezuela ist Opfer einer arroganten militärischen Aggression der USA, die gegen die *Charta der Vereinten Nationen* und die Grundprinzipien des Völkerrechts verstösst. Diese Aggression sollte als inakzeptabler Akt, als Demonstration der Politik der Gewalt und als äusserst gefährlicher Präzedenzfall verurteilt werden. Es ist die Öffnung der *Büchse der Pandora*, was zu globaler Unordnung und Chaos führen könnte. Es gibt keine Rechtfertigung für die Aggression, Entführung und Inhaftierung des legitimen Oberhaupts eines unabhängigen und souveränen Staates. Erklärungen, dass die ausländische Macht das Land – das Opfer – für einen beliebigen Zeitraum regieren wird, sind nichts anderes als die Ankündigung einer illegalen Besetzung eines anderen Landes durch militärische Gewalt. Der wahre Grund und das eigentliche Ziel bestehen darin, eine Marionettenregierung zu installieren, die aussergewöhnlichen natürlichen Ressourcen Venezuelas, insbesondere die Ölreserven, unter direkte Kontrolle zu bringen, dem Land eine unabhängige Innen- und Aussenpolitik und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu nehmen sowie andere unabhängige Länder der Region zu bedrohen und zu unterdrükken.

(Übersetzung Zeit-Fragen)

Keine Demokratie kann ohne Freiheit und offenen Meinungsaustausch überleben

Interview mit Nationalrat Franz Grüter

Franz Grüter (Bild zvg)

mw. Die ungeheuerliche Tat des EU-Rates, Bürger mit unerwünschten Meinungen unter Missachtung des zwingenden Völkerrechts auf Sanktionslisten zu setzen, mit tiefgreifenden Folgen für ihre Freiheit und ihre Grundrechte, wurde in der letzten Ausgabe von Zeit-Fragen offengelegt.[1]

Es ist schlimm genug, dass die demokratieunfähige und -unwillige EU-Elite sich über ihre eigene Charta der Grundrechte, die Charta der Vereinten Nationen, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK hinwegsetzt. Für uns Schweizer besonders alarmierend ist die Tatsache, dass der Bundesrat als von der Bundesverfassung beauftragter Wächter der Freiheit und Rechte der Bürger die Untat Brüssels abnickt und keinen Finger rührt für die Schweizer Jacques Baud und Nathalie Yamb, die von der EU sanktioniert werden. Wir wollen keine Zeit verschwenden mit den gewundenen und absurden Anwürfen aus Brüssel. Festzuhalten ist: Den beiden wird nichts anderes vorgeworfen, als dass sie ihre Meinung sagen. Offenbar haben sie mit ihren scharfsinnigen geopolitischen Analysen einiges an fachlicher Expertise zur Verfügung, was in EU-Nato-Landen nicht erwünscht ist, sei es in bezug auf den westlichen Kolonialismus in den Ländern der Sahelzone, sei es auf Grund eigener Anschauung im Ukraine-Konflikt.

Gegen diese Anmassung aus Brüssel müssen wir uns mit Entschiedenheit zur Wehr setzen. Zwei unter uns, die Nationalräte und Mitglieder der Aussenpolitischen Kommission, Jean-Luc Addor und Franz Grüter, machen es mit ihren Interpellationen an den Bundesrat vor.[2] *Zeit-Fragen hat mit Nationalrat Grüter gesprochen. In diesem Gespräch kommt ans Tageslicht, dass die «Untätigkeit» des Bundesrates in Wirklichkeit eine weit fortgeschrittene Verstrickung in das verhängnisvolle Spinnennetz Brüssels ist – zwecks staatlicher Überwachung der Meinungsäusserungen aller Bürger.*

In dieselbe verhängnisvolle Richtung geht auch die geplante «Sicherheitspolitische Strategie 2026» des Bundesrates, die künftig missliebige Meinungen unter dem Etikett «Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation» auszuschalten gedenkt. Die Vernehmlassung läuft bis 31. März 2026. Es ist höchste Zeit!

> «Für mich ist es wichtig, dass man diese Sache nicht nur am Fall *Jacques Baud* aufhängt. Er ist quasi das Symbol dieser ganzen Entwicklung. Es könnte morgen auch jede andere Person treffen, die sich irgendwo kritisch äussert zur Europäischen Union, Analysen veröffentlicht, die korrekt sein mögen oder nicht, das ist gar nicht die Frage. Letztlich gehört das zum Grundrecht auf Meinungsfreiheit.» (*Franz Grüter*)

Zeit-Fragen: Herr Nationalrat Grüter, Sie haben eine Interpellation an den Bundesrat gerichtet, damit er endlich seine Pflicht tut und den Schweizer Bürger Jacques Baud schützt.

Franz Grüter: Mich hat dieser Fall wirklich sehr bewegt. Vor allem hat mich sehr bewegt, dass genau die Leute, vor allem auch in der EU, die dauernd von Demokratie, von Meinungsfreiheit, von Rechtsstaatlichkeit und von Wertegemeinschaft sprechen, dass gerade sie die Demokratie und die Meinungsfreiheit mit Füssen treten. Unter dem Stichwort «Desinformation» wird eine Zensur eingeführt, und es werden Leute eingeschüchtert, indem man ihnen zeigt: Hier seht ihr, was passiert, wenn ich meine Meinung frei äussere. Und deshalb bewegt mich dieser Fall sehr. Ich hoffe, dass der öffentliche Druck weiter zunehmen wird, damit klar wird, dass solche Machenschaften nicht akzeptiert werden in einem freien demokratischen Staat. Das ist einer Demokratie unwürdig.

Haben Sie und Nationalrat Jean-Luc Addor, der eine weitere Interpellation dazu eingereicht hat, schon Unterstützung von anderen Politikern?

Von Ratskollegen bisher nicht, denn wir können nur während der laufenden Session Vorstösse einreichen. Meinen Vorstoss habe ich am Ende der Session eingereicht, weil der Fall erst dann breit öffentlich wurde. Ich habe sehr viele Reaktionen aus der Bevölkerung erhalten, auch viele Zuschriften von Menschen aus der ganzen Schweiz, die nicht meine politische Gesinnung teilen. So hat mir ein Bürger aus dem Kanton Bern geschrieben, er sei Mitglied der SP, aber hier gehe es nicht um ein Parteibuch, sondern wirklich um Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Meinungsfreiheit. Er sei schockiert, was da geschieht, und er hat sich bedankt, dass ich dem Bundesrat diese kritischen Fragen stelle. Ich warte jetzt auf die Antworten des Bundesrates.

Fortsetzung auf Seite 2

«‹Maduro wurde gefasst›: …»
Fortsetzung von Seite 1

wird, regionale Machtgleichgewichte und globale Märkte grundlegend verändern.

Maduro hat Energie zu einem Instrument des geopolitischen Widerstands gemacht. Intransparente Verträge, Tauschgeschäfte, Dreiecksbeziehungen mit China, Russland und dem Iran, Zahlungen ausserhalb des westlichen Systems, systematische Umgehung von Sanktionen. Eine Überlebensökonomie, die nicht nur wirtschaftlich ist, sondern auch durch Militär- und Sicherheitsapparate geschützt wird. Solange die Führungsspitze besteht, bleibt diese Parallelarchitektur bestehen. «Normalisierung» entsteht nicht durch Verhandlungen, sondern durch die Beseitigung des Kontrollmechanismus.

Den Chef ins Visier zu nehmen bedeutet daher, den Markt wieder zu öffnen. Ein verhandlungsbereites Venezuela ist nützlich: Es vergibt Lizenzen, vergibt wieder Konzessionen und garantiert Investitionen. Ein Venezuela, das verhandelt, ohne die souveräne Kontrolle über seine Ressourcen aufzugeben, ist nutzlos und gefährlich. Es demonstriert damit seine Widerstandsfähigkeit, die Fähigkeit, den Dollar zu umgehen und Sanktionen zu überstehen. Dieses Tabu kann sich Washington nicht leisten.

Neben dem Öl besteht auch die Frage der strategischen Rohstoffe. Venezuela ist zwar noch kein Lithium-Zentrum wie Bolivien oder Chile, verfügt aber über Vorkommen, Entwicklungspotential und vor allem über Gebiete mit unzureichender Regulierung – ideale Voraussetzungen für die zukünftige Gewinnung von Lithium, Coltan, Gold und Seltenen Erden. Angesichts der Energiewende und des Kampfes um Lieferketten können die Vereinigten Staaten es nicht hinnehmen, dass neue, kritische Knotenpunkte dauerhaft unter chinesischen oder russischen Einfluss geraten.

Es ist kein Zufall, dass Peking seit Jahren in Infrastruktur und Kredite investiert und Verluste und Verzögerungen in Kauf nimmt, um seine strategische Präsenz zu festigen. Moskau nutzt Caracas als geopolitische Plattform und Testfeld, um Sanktionen zu umgehen. Solange die Macht konzentriert bleibt, gelten diese Abkommen. Scheitert die Führungsspitze, wird alles neu verhandelbar. Und angreifbar.

Hinzu kommt der Präzedenzfall. Ein Land, das Sanktionen übersteht, seine Abhängigkeit vom Dollar verringert und die Kontrolle über seine Ressourcen behält, sendet ein gefährliches Signal an andere Produzenten. Venezuela ist nicht nur ein lateinamerikanischer Fall, sondern ein potentielles Beispiel für wirtschaftlichen Ungehorsam. Seine Zerschlagung dient der Bestätigung einer ungeschriebenen Regel: Strategische Ressourcen müssen in einer kontrollierbaren Ordnung bleiben. Wer sie verlässt, wird zurückgeholt. Mit allen Mitteln.

Und schliesslich die amerikanische Innenpolitik. Der «Krieg gegen den Drogenstaat» bietet einen perfekten Rahmen: Er vereint Sicherheit, Einwanderung, Kriminalität und den Konsens der Wähler. Doch hinter der moralischen Fassade verbirgt sich der wahre Kern: stabile Energiepreise, die Kontrolle der Lieferketten und die Eindämmung rivalisierender Mächte in der westlichen Hemisphäre.

Die eigentliche Frage ist nicht, ob Maduro gestürzt ist. Sondern was danach kommt. Denn die Geschichte lehrt uns eine Lektion, die Washington stets zu vergessen vorgibt: Einen Mann zu stürzen ist leicht, Ordnung wiederherzustellen hingegen äusserst schwierig. Und wenn Krieg als ethische Säuberung verkauft wird, hinterlässt er meist nur noch mehr Dreck. •

Quelle: *https://www.lafionda.org/2026/01/03/maduro-e-stato-catturato-la-sovranita-trasformata-in-retata/* vom 3.1.2026
(Übersetzung *Zeit-Fragen)*

«Keine Demokratie kann ohne …»
Fortsetzung von Seite 1

Wann erwarten Sie diese Antworten? Erst in der nächsten Session [im März 2026]?
Nein, die Antworten können jederzeit erfolgen, aber ich gehe davon aus, dass man Zeit gewinnen will, dass man die Sache verzögern will. Ich spüre auch, dass man sich beim Aussendepartement irgendwie drückt. Es ist ja auch erstaunlich, was jetzt schon in dieser kurzen Zeit alles ans Tageslicht gekommen ist, zum Beispiel, dass *Jacques Baud*, der ja in Brüssel lebt, mehr als zehn Tage von *Rita Adam*, der Schweizer Botschafterin bei der EU in Brüssel, nichts gehört hat. Und ich muss sagen, dass die Schweiz, die offizielle Schweiz, der Bundesrat, das Aussendepartement, die Botschafter, dass sie Schweizer Bürger derartig im Regen stehen lassen, das stört mich eigentlich am meisten. Ich habe gehört, aber noch nicht aus offiziellen Quellen bestätigt erhalten, dass der Bundesrat bereits einige Wochen im Vorfeld darüber informiert worden sei, in welcher Form ist mir nicht bekannt.

Mit Ihrer Interpellation wollen Sie vom Bundesrat wissen, ob die Schweiz, die «normalerweise die Sanktionen der EU übernimmt», ihre Bürger hier schützen wird.
Ja, meine Frage ist natürlich auch: Hat der Bundesrat dagegen angekämpft, dass gegen Schweizerinnen und Schweizer Sanktionen ergriffen werden, allein auf Grund von Meinungsäusserungen oder Analysen, die man teilen oder nicht teilen kann. Die Kamerun-Schweizerin *Nathalie Yamb*, die ebenfalls auf der Sanktionsliste steht, ist vielleicht ein vergleichbarer Fall. Nur schon die Tatsache, dass jemand sanktioniert wird, weil er seine Meinung frei äussert – das ist brutal für diese Leute! Für die Sanktionierten bedeutet das, dass sie eigentlich kaum mehr leben können. Sie können weder Geld abheben noch ihren Verpflichtungen nachkommen. Wie soll Jacques Baud seine Miete bezahlen? Diese Leute leben eigentlich in einem offenen Gefängnis. Man darf sie nicht einmal unterstützen, sonst macht man sich strafbar.

Das erinnert mich zurück an Zeiten, von denen ich der Meinung war, dass sie eigentlich vorbei sind in Europa, aber offensichtlich ist dem nicht so. Auch nach dem damaligen Fichen-Skandal scheint man hier wieder zu versuchen, eine Art Bürgerkontrolle einzuführen.

Für mich ist es wichtig, dass man diese Sache nicht nur am Fall Jacques Baud aufhängt. Er ist quasi das Symbol dieser ganzen Entwicklung. Es könnte morgen auch jede andere Person treffen, die sich irgendwo kritisch äussert zur Europäischen Union, Analysen veröffentlicht, die korrekt sein mögen oder nicht, das ist gar nicht die Frage. Letztlich gehört das zum Grundrecht auf Meinungsfreiheit. Das sind keine strafbaren Handlungen. Ausserdem wird den Betroffenen das rechtliche Gehör verweigert. Offensichtlich hat man Jacques Baud gesagt, er könne sich ja an den *Europäischen Gerichtshof* wenden. Man muss sich das vorstellen: Das heisst, er muss einen Rechtsanwalt nehmen, und es vergehen Monate, wenn nicht Jahre, bis ein Entscheid gefällt wird. Also faktisch verweigert man diesen Leuten das rechtliche Gehör. Auch das ist von einem Rechtsstaat meilenweit entfernt.

Genau diese Leute in Brüssel sind es, die nicht müde werden, über den Rechtsstaat und die Meinungsfreiheit zu sprechen. *J. D. Vance* hat es an der *Münchner Sicherheitskonferenz* auf den Punkt gebracht: Die grösste Gefahr in Europa kommt von Europa selbst.

Dazu gehört auch, dass Brüssel versucht, die Verbreitung von sogenannter Missinformation und Desinformation im digitalen Raum zu verhindern. Das heisst, die Leute werden gecancelt, ihre Informationen sollen blockiert werden in den digitalen Medien. Die Algorithmen, das wollen sie auch regeln, sollen so konstruiert sein, dass den Konsumenten missliebige Informationen gar nicht mehr angezeigt werden. Also da ist man wirklich daran, ein staatlich kontrolliertes Denken einzuführen.

In Ihrer Interpellation sprechen Sie auch die «Sicherheitspolitische Strategie 2026» an, die der Bundesrat plant und vor kurzem in Vernehmlassung gegeben hat. Damit will der Bundesrat «Beeinflussungsaktivitäten und Desinformation bekämpfen». Er will präventive und reaktive Massnahmen gegen die eigene Bevölkerung ergreifen, um den faktischen Anschluss an die Nato und den militärischen Verbund mit der EU durchzudrücken. Ist das richtig?
Ja, das mit der Beeinflussung und Desinformation steht drin, aber der Zusammenhang mit der Nato ist nicht explizit so beschrieben.

Ja, das stimmt, das schreiben sie nicht so. Aber es steht drin, dass die Schweiz sich der Nato und einem Sicherheitsbündnis mit der EU anschliessen müsse. Da stellt sich mir die Frage: Müsste künftig jeder, der sich für eine echte Neutralität einsetzt, damit rechnen, dass er dann vom Bund mundtot gemacht wird? Oder denken Sie nicht, dass es so weit geht?
Doch, das Risiko besteht eindeutig. Wenn die Sicherheitsstrategie so umgesetzt werden soll, dann kopieren wir eigentlich die Vorgehensweisen der Europäischen Union. Ich gehe davon aus, dass man einen Grossteil der Formulierungen von der EU übernommen hat, was allein schon bedenklich ist.

Und wer soll entscheiden, was sogenannte Desinformation oder Missinformation sein soll? Es führt faktisch zu einer Art staatlicher Informationsüberwachung. Dann muss jemand entscheiden, ist das jetzt eine «Desinformation»? Damit kommen wir wieder zurück zu den Zeiten am Ende des Kalten Krieges, wo unbescholtene Bürger in ganz breitem Stil kontrolliert und erfasst wurden, Daten über sie gespeichert wurden, letztlich zur staatlich kontrollierten Überwachung der Meinungsfreiheit. Mit Sanktionsmöglichkeiten! Es ist äusserst bedenklich, was hier vor sich geht. Deshalb habe ich dazu auch explizit Fragen gestellt, weil die Schweiz genau das Gleiche anstrebt in diesem Bereich wie die EU.

Wie ich gesehen habe, läuft zu dieser «Sicherheitspolitischen Strategie» eine Vernehmlassung bis zum 31. März. Da sollte man aktiv werden, oder?
Ja, das läuft alles ein wenig unter dem Radar der breiten Öffentlichkeit, denn wenn man nur den Titel «Sicherheitspolitische Strategie»liest, hat man auf den ersten Blick den Eindruck, ja, im Moment ist Krieg in Europa, da ist Sicherheitspolitik wichtig. Ich glaube, man muss sich schon vertieft mit der Materie befassen, um festzustellen, was unter diesem Begriff Sicherheitsstrategie auch noch mit enthalten ist.

Ich bin froh, dass Sie diese wichtige Vorlage in Ihrer Interpellation aufgreifen. Müssen wir uns da nicht auch die Frage stellen: Wenn der Bundesrat heute schon nicht in der Lage ist, der autoritären Macht Brüssels etwas entgegenzusetzen, wie würde er dann unsere Interessen vertreten, falls das Stimmvolk dem neuen Rahmenvertrag mit der EU zustimmen würde?
Man konnte in jüngster Vergangenheit wieder sehen, wie die Europäische Union sich verhält. Der *Europäische Gerichtshof* hat kürzlich wieder gegen Polen entschieden und Entscheide des obersten polnischen Verfassungsgerichts als nichtig erklärt. Das sind alles Zeichen dafür, wie die Europäische Union sich von der Demokratie zunehmend entfernt.

Für die Schweiz heisst das wirklich, dass wir vorsichtig sein müssen, dass wir uns zurückbesinnen müssen auf unsere Unabhängigkeit und auf unsere Neutralität. Dass es sogar risikovoll sein könnte, wenn man sich für diese Werte einsetzt, dass irgendwann auch unser Staat plötzlich kommt und solche Meinungen als Desinformation betiteln oder sogar aus den Medien verbannen könnte – das sind besorgniserregende Entwicklungen. Die gilt es in einem frühen Stadium beim Namen zu nennen und dagegen anzukämpfen. Insofern ist der Fall Jacques Baud wie ein Symbol dieser ganzen Entwicklung. Ich bin froh, dass das so offensichtlich ans Tageslicht kommt, so dass die Bevölkerung erkennen kann, was hier für grosse Gefahren für unsere Freiheit und für unsere Demokratie lauern.

Vielen Dank, Herr Nationalrat Grüter, dass Sie sich Zeit genommen haben für dieses Gespräch. •

[1] «EU im Abgrund der Gesetzlosigkeit» sowie Offener Brief von Associate Professor *Pascal Lottaz* an den Bundesrat, mit zahlreichen Mitunterzeichnern

[2] «Le retour des procès de … Moscou?» 25.4572 Interpellation von *Jean-Luc Addor* vom 17.12.2025; «Wie geht die Schweiz mit EU-Sanktionen gegen Schweizer Bürger vor?» 25.4632 Interpellation von *Franz Grüter* vom 18.12.2025

Anspruch der Schweizer Bürger auf Schutz und Beistand der Eidgenossenschaft

mw. Inzwischen melden sich weitere Parlamentarier aus der *Aussenpolitischen Kommission* APK-N zu Wort. Nationalrat *Hans-Peter Portmann* (FDP ZH) betont, es stehe «ausser Frage, dass Schweizer Bürger, die im Ausland in […] Schwierigkeiten geraten und deren Grundrechte verletzt werden, von der Eidgenossenschaft Schutz und Beistand zugute haben.» Portmann fordert, «die Schweiz müsse nun in diesem Fall bei der EU intervenieren und eine Ausreise in die Schweiz beantragen». Er will den Fall *Baud* am nächsten Treffen mit den Vorsitzenden der parlamentarischen EU-Ausschüsse der EU-Mitgliedsstaaten Mitte Januar aufwerfen. Im gleichen Sinn äussert sich *Roland Rino Büchel* (SVP ZH), der als früherer EDA-Mitarbeiter in Lateinamerika Schweizer Bürger im Gefängnis besucht und betreut hat. Für Büchel ist klar: «Der Bund hilft Personen mit Schweizer Pass im Ausland», und er äussert sein Befremden «über die Untätigkeit des EDA».

Ganz anders der Basler SP-Nationalrat *Eric Nussbaumer*, der zuerst sagt, die Schweiz müsse ihrem Bürger beistehen, und dann verkündet: «Und wie ich das sehe, hat die Schweiz das auch gemacht» (!). Kurzkommentar: Was ein rechter Nato- und EU-Turbo sein will, ist halt auf mehr als einem Auge blind …

Quelle: Bundi, Sabrina und Blumer, Claudia. «EU-Sanktion gegen Jacques Baud: Blieb der Bund zu lange untätig?» Tages-Anzeiger vom 23.12.2025

LESER BRIEF

Die Schweiz macht sich international lächerlich!

Da hat sich doch tatsächlich unser Bundesrat und Aussenminister *Cassis* dahingehend geäussert, dass er im Falle einer Annahme der neuen Bilateralen, auch Unterwerfungsverträge genannt, bei neu lancierten Volksinitiativen diese immer zuerst bei der EU begutachten lassen will. Und später vor der Abstimmung möchte er uns im Abstimmungsbüchlein den Tarif durchgeben, sprich, die Höhe der EU-Ausgleichsstrafmassnahmen bekanntgeben, falls das Abstimmungsresultat nicht EU-kompatibel ausfällt. Das nennt man unzulässige Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten! Das kommt mir vor wie einst in der Schule; mein Vater war Realschullehrer. Lange vor seiner Karriere, vor rund 100 Jahren, gab es noch die Prügelstrafe, diese gehört heute zum Glück längst der Vergangenheit an!

Es gibt Alternativen!

Statt sich verbissen auf die Verträge «mit der EU» zu versteifen, welche ja nie und nimmer auf Augenhöhe zustande kamen, weil es leider in der Natur der Sache liegt, dass die zentrale Hoheit eines Staatenverbundes immer meint, kleine souveräne Länder massregeln zu müssen. Wir haben nach wie vor das bewährte Freihandelsabkommen von 1972; und für weitergehende, für uns wichtige Verträge sollten wir uns auf Augenhöhe, in einer Art und Weise, welche diese Formulierung auch verdient, direkt an einzelne Länder und ohne untertänige Bittstellung an die EU wenden! Diejenigen mit höherem Bildungsniveau stimmen deshalb NEIN zu den Bilateralen Unterwerfungsverträgen! Oder haben Sie, liebe Leserinnen und Leser, jemals einen intelligenten Menschen gesehen, welcher sich zuvor devot erkundigt, wie viele «Ohrfeigen, Prügel und Schläge» an die Schweiz zu erwarten sind, wenn nicht alles exakt und EU-kompatibel umgesetzt wird?

Marcus Stoercklé jun., Basel

Nato-Kriegsrhetorik – Meinungsfreiheit unerwünscht

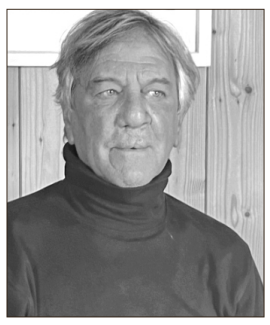
mw. Unter dem Titel «Meinungsfreiheit in Kriegszeiten» schreibt der langjährige Schweizer Diplomat *Jean-Daniel Ruch* zum Fall *Jacques Baud*: «Das ist ein direkter Angriff auf die Grundrechte, die in Demokratien gelten sollen. Seit den Kriegen in der Ukraine und im Gaza-Streifen ist die Unterdrückung abweichender Meinungen in einigen europäischen Ländern systematisch geworden. In Deutschland verfolgen Spezialeinheiten Kommentare in den Sozialen Netzwerken. Manchmal reicht schon ein *Like*, um Besuch von der Polizei zu bekommen.» Ruchs denkwürdiges Postskriptum: «Die Auswahl der zu sanktionierenden Personen wird von den Nachrichtendiensten der grossen westlichen Länder getroffen und von den Politikern unverändert übernommen.»

Quelle: Ruch, Jean-Daniel. Aussenpolitisches Telegramm. In: Weltwoche vom 17.12.2025

Die Meinungsfreiheit und ihre Feinde (Teil 1)

Sie zu verteidigen ist unsere dringende Aufgabe im kommenden Jahr, die Sprache selbst unser Instrument

*von Patrick Lawrence**



Patrick Lawrence (Bild ef)

Dies ist der erste von zwei Essays, wobei der eine zurückblickt und der andere nach vorne schaut, während ein Jahr zu Ende geht und ein neues beginnt.

«Wir sind einfach nur schockiert», schrieb mir neulich eine deutsche Freundin, die in der Schweiz lebt. «Diese Fälle berühren uns sehr, da sie Konsequenzen für uns alle haben werden.»

Sie fragen sich vielleicht, um welche Fälle es sich dabei handelt. Welche Fälle und welche Konsequenzen? Sie fragen vielleicht besonders nach den Fällen und Konsequenzen, wenn Sie als Amerikaner auf die Mainstream-Medien angewiesen sind: Europa befindet sich in Aufruhr, da die «zentristisch» autoritären Kräfte, die vorgeben, es zu führen, meiner Meinung nach ein historisch beispielloses Regime der Zensur und Unterdrückung der Meinungsfreiheit durchsetzen, aber keine der grossen Tageszeitungen oder Rundfunkanstalten in Amerika hat darüber berichtet – ein Punkt, auf den ich gleich noch zurückkommen werde.

Der Fall Jacques Baud

Es war der Fall von *Jacques Baud*, der die Entrüstung meiner deutschen Freundin ausgelöst hat – oder besser gesagt, sie radikal verschärft hat, denn sie hatte schon lange vor Bekanntwerden von Bauds Schicksal eine alles andere als optimistische Sicht auf Europas Abdriften in Richtung Tyrannei. Nun zu einigen Einzelheiten.

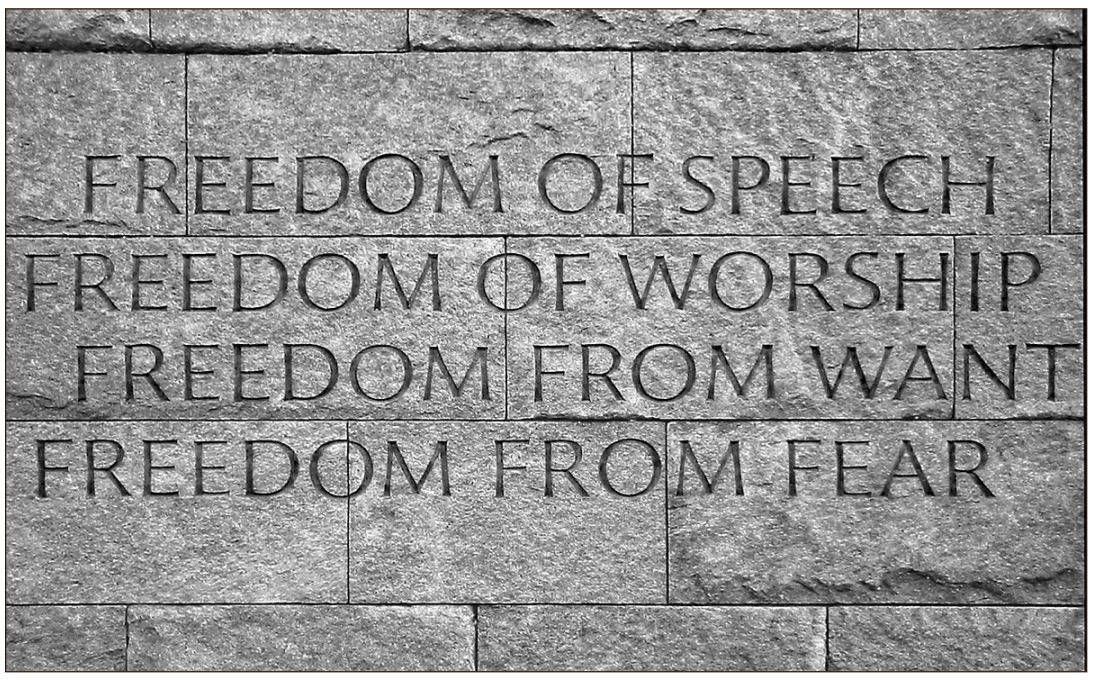
Jacques Baud ist Schweizer Staatsbürger und lebt derzeit in Brüssel. Er war Oberst der Schweizer Armee und arbeitete viele Jahre als Analyst beim Schweizer Nachrichtendienst und im Schweizer Aussenministerium. Er hatte leitende Positionen bei den Vereinten Nationen inne und war zuletzt Berater der Nato für ukrainische Angelegenheiten.

Baud ist heute 70 Jahre alt und widmet sich seit einigen Jahren mit seinem aussergewöhnlichen Fachwissen der Analyse und Kommentierung von Krieg, Frieden, Geopolitik und Staatsangelegenheiten, wodurch er sich einen Ruf für seinen Scharfsinn und seine Integrität erworben hat. Seine jüngsten Bücher sind «The Russian Art of War: How the West Led Ukraine to Defeat» (Die russische Kriegskunst: Wie der Westen die Ukraine in die Niederlage führte) und «Die Niederlage des Siegers», in dem er die Ereignisse vom 7. Oktober 2023 anhand der seit 75 Jahren andauernden Verstösse Israels gegen das Völkerrecht erklärt. Beide Bücher wurden im vergangenen Jahr vom kleinen französischen Verlag *Max Milo Editions*[1] herausgebracht.

Am 15. Dezember verhängte die Europäische Union Sanktionen gegen diesen hochangesehenen Mann. Er steht nun auf der Sanktionsliste der EU, auf der die Namen und Vergehen derjenigen aufgeführt sind, die die EU kurzerhand auf die schwarze Liste gesetzt hat. Hier ist der Eintrag zu Baud[2] auf dieser wahrhaft teuflischen Webseite:

> *«Jacques Baud, ehemaliger Oberst der Schweizer Armee und strategischer Analyst, ist regelmässig Gast in prorussischen Fernseh- und Radioprogrammen. Er fungiert als Sprachrohr für prorussische Propaganda und verbreitet Verschwörungstheorien, indem er beispielsweise die Ukraine bezichtigt, ihre eigene Invasion herbeigeführt zu haben, um der Nato beizutreten.»*

Wir befinden uns nun in einem politischen Gebilde, in dem diejenigen, die Desinformation verbreiten, behaupten, sie würden «Desinformation» bekämpfen – beachten Sie bitte unsere Anführungszeichen, denn «Desinformation» bedeutet im Fall von Baud wie in vielen anderen Fällen genaue Informationen.



Auf der Mauer des Franklin Delano Roosevelt Memorial in Washington D.C. – die vier Freiheiten: Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit von Not, Freiheit von Furcht. (Bild Wikimedia Commons)

Um dies auf den Punkt zu bringen: Jacques Baud hat sich ausführlich und tiefgründig mit dem Krieg in der Ukraine und dessen Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen auseinandergesetzt. Dazu gehört eine fundierte Analyse der Vorstösse der Nato an den Grenzen der Russischen Föderation, der von den USA orchestrierte Staatsstreich in Kiew im Jahr 2014, der anschliessende Verrat des Westens an den *Minsker Abkommen* und die gezielte Provokation der militärischen Intervention Russlands vor knapp vier Jahren durch die *Biden*-Regierung.

Ob man nun mit Bauds Sichtweise zu dieser oder jener Frage übereinstimmt oder nicht, seine Arbeit ist gut fundiert. Und die EU hat ihn dafür soeben umfassend sanktioniert. Jeder Europäer riskiert nun dasselbe Schicksal, wenn er oder sie – um dies anhand eines besonders krassen Beispiels zu verdeutlichen – klar erkennbare Wahrheiten darüber ausspricht, was Moskau im Februar 2022 zu seiner «militärischen Spezialoperation» veranlasst hat. Wird der «Täter» eingeladen, dies in einer russischen Fernsehsendung zu tun, ist er noch weiter ausserhalb der Grenzen des Akzeptablen.

Es gibt noch weitere Aspekte des Falls Baud, die aufmerksame Europäer in Aufruhr versetzen. Baud wurde keiner Straftat angeklagt. Es gab keine Ermittlungen zu seiner Arbeit, es wurden keine Beweise vorgelegt, es wird kein Gerichtsverfahren geben, und er wird keine Gelegenheit haben, auf den «Fall» – wieder in Anführungszeichen – zu reagieren, den die EU gegen ihn vorbringt. Die Sanktionen, denen er nun ausgesetzt ist, wurden in Ausübung aussergerichtlicher – also rechtswidriger – Macht verhängt. Wie *Costas Lapavitsas*, Professor an der *School of Oriental and African Studies*, in einem Artikel in *Brave New Europe* am Heiligabend[3] schrieb: «Eine Person wurde allein auf Grund einer Entscheidung der Exekutive bestraft.»

Schwerwiegende Folgen

Wir alle haben unzählige Berichte über Sanktionen gelesen und darüber, wie wichtig oder unwichtig sie sind, aber im Fall von Baud – und es gibt noch andere, die von dieser Einstufung betroffen sind – sind sie schwerwiegend. Bauds Vermögenswerte sind jetzt in der EU eingefroren, und er darf nicht reisen. Er hat keinen Zugriff auf seine Bankkonten, und verschiedene Einkommensquellen sind gesperrt. Derzeit ist es strafbar, Geschäfte mit ihm zu tätigen – ihm ein Haus oder Lebensmittel zu verkaufen, seine Hemden zu reinigen oder sein Auto zu reparieren. «Obwohl die Verordnung minimale Zahlungen zum Lebensunterhalt zulässt», schreibt Lapavitsas, «hat dies zur Folge, dass eine Person wirtschaftlich und beruflich gelähmt ist.»

Der Fall Baud ist an sich schon schrecklich, weshalb ich ihm viel Platz in meiner Kolumne widme, aber er ist noch zehnmal schrecklicher, wenn wir seine weiterreichenden Auswirkungen betrachten – seine «Konsequenzen für uns alle», wie meine deutsche Freundin es ausdrückte. Zensur und Angriffe auf die Meinungsfreiheit sind auf beiden Seiten des Atlantiks nichts Neues, um das Offensichtliche zu sagen. Im kommenden Frühjahr ist es zwei Jahre her, dass Deutschland *Yanis Varoufakis*, dem angesehenen griechischen Ökonomen und Aktivisten, die Einreise verweigert hat,[4] als er an einem Kongress über Palästina in Berlin teilnehmen wollte. Die Biden-Regierung zeichnete sich durch ihre geheimen Absprachen mit dem Silicon Valley und ihre Angriffe auf die Meinungsfreiheit aus. Diese haben sich im ersten Jahr von *Trump II* dramatisch verschlimmert.

Es wird Zeit, unseren momentanen Zustand – die Situation, in der wir uns gerade befinden als das zu verstehen, was er ist.

Die westliche Ordnung bricht zusammen. Dies ist keine Frage der Interpretation, Übertreibung, Redewendung oder Kurzform eines Kommentators mehr. Es ist die Realität, in der wir leben müssen. Die «zentristischen» Regime, die die grobe Unordnung verteidigen, die sie als «regelbasierte Ordnung» bezeichnen, sind im vergangenen Jahr in einen Zustand der Verzweiflung geraten. Wie *Alastair Crooke* in einem im vergangenen Herbst veröffentlichten Artikel[5] schrieb, befinden wir uns in einer «neuen Ära der erzwungenen Dominanz». In einer Weihnachtsbotschaft sprach *Chas Freeman* kürzlich von «unserem neuen finsteren Zeitalter». Dies beweist bereits, dass wir uns in einer gefährlichen Zeit befinden. «Heute ist es Krieg ohne Grenzen – ohne Regeln, ohne Gesetze», schreibt Crooke. «Ethische Grenzen werden insbesondere in Teilen des Westens als ‹schwach› abgetan.»

Wo liegt nun die Frontlinie für diejenigen, die sich dafür einsetzen, diesem raschen Abgleiten in Gesetzlosigkeit und Tyrannei im Namen einer moralischen und gerechten Welt Widerstand zu leisten? Ich denke, sie muss in der Verteidigung der Meinungsfreiheit liegen.

Die entsprechenden Fälle häufen sich wie abgefallene Blätter um uns herum.

Während ich über die Auswirkungen der Schwierigkeiten von Jacques Baud nachdachte, verschlechterte sich der Zustand der Hungerstreikenden von *Palestine Action*. Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels sind acht der Streikenden von tödlichem Organversagen bedroht[6], weil sie mit ihrem Körper für das Recht der Aktionsgruppe auf Protest ohne Einstufung als «Terroristen» eintreten. Und dann ist da noch der Fall von *Greta Thunberg*, die kurz vor Weihnachten auf einer Londoner Strasse verhaftet wurde, weil sie ein Plakat mit der Aufschrift «Ich unterstütze die Gefangenen von *Palestine Action*. Ich bin gegen Völkermord» hochhielt. Thunberg ist nun bis März auf Kaution frei, vermutlich um sich wegen Verstosses gegen den absurd antidemokratischen britischen «Terrorism Act» zu verantworten.

Es gibt *Post-Bondi Beach Australia*, wo die Regierung von New South Wales nun die Befugnis hat, Proteste für bis zu drei Monate zu verbieten – zusammen mit «Hassreden» und «verbotenen Symbolen». Das Folgende mag wie eine Kleinigkeit erscheinen, aber es ist mittlerweile in Deutschland an der Tagesordnung und deutet daher auf einen Notstand hin: Ein oder zwei Tage vor Weihnachten veröffentlichte ein «X»-Account unter dem Namen *Irlandarra* ein Video, in dem ein junger Mann in einem Café in Berlin sitzt, als die deutsche Polizei ihn aus seinem Stuhl zerrt und festnimmt. Sein Vergehen bestand darin, dass er ein T-Shirt mit einer palästinensischen Flagge trug, während er sich ruhig mit Freunden unterhielt.

Es gibt die Einschätzung, dass die Europäer, die in vielerlei Hinsicht völlig aus der Bahn geraten sind – ihre obsessive Russophobie und die Kriminalisierung jeglicher Kritik am israelischen Terror sind nur zwei Beispiele dafür –, bei der Unterdrückung der Meinungsfreiheit ganz vorne mit dabei sind. *Ursula von der Leyen* hielt kürzlich eine Rede, in der sie «Informationsmanipulation» als Virus und Zensur als notwendigen Impfstoff bezeichnete. «Prebunking» (im Gegensatz zu Debunking) ist ihr Begriff dafür. Okay, die europäischen Behörden nutzen Gesetze, um die Unterdrückung der Meinungsfreiheit auf ein alarmierendes Extrem zu treiben. Aber in Amerika ist es genauso, nur mit anderen, weniger offensichtlichen Mitteln.

In den amerikanischen Mainstream-Medien haben Sie nichts über den Fall Jacques Baud gelesen. Erstaunlicherweise gab es kein Wort über die Hungerstreiks, die Verhaftung von Greta Thunberg oder das zunehmend aggressive Verhalten der Polizei in Grossbritannien, Deutschland und anderswo. Dafür gibt es eine einfache Erklärung: Die Amerikaner sollen nichts über die zunehmende Unterdrückung der Meinungsfreiheit und den wachsenden Widerstand der Bevölkerung dagegen erfahren oder nicht darüber nachdenken. Das führt zu einer riesigen Beule im Teppich, aber vergessen wir nicht: Die Mainstream-Medien in den Vereinigten Staaten sind seit den Russiagate-Jahren und, wie ich hinzufügen möchte, seit die unabhängigen Medien im öffentlichen Diskurs präsent sind, energische Befürworter der Zensur. Unabhängige Medien, um den Gedanken zu Ende zu führen, werden für jede erfolgreiche Verteidigung der Meinungsfreiheit unerlässlich sein, da zunehmend sich selbstbewusst gebende autoritäre Kräfte im gesamten Westen versuchen, diese vollständig auszulöschen.

Die «Jerusalem Post» veröffentlichte am Weihnachtstag einen interessanten Artikel mit der Überschriftt «Georgetown University bricht wegen antisemitischer Äusserungen die Beziehungen zu *Francesca Albanese* von den Vereinten Nationen ab».[7] Die Sonderberichterstatterin für Palästina war Gastwissenschaftlerin in Georgetown, bis die Universität sie auf Drängen von UN-Watch, einer dieser widerwärtigen zionistischen Gruppen, die sich der Diskreditierung von Kritikern des israelischen Terrors verschrieben haben, entliess. Eine der renommiertesten Universitäten der Vereinigten Staaten beteiligt sich nun nicht nur an der Unterdrükkung der Meinungsäusserung einer hochrangigen UN-Mandatsträgerin, sondern auch an der Attacke auf eine Persönlichkeit, die sich durch ihr unermüdliches Eintreten für das Völkerrecht auszeichnet. Die Meinungsäusserung ist natürlich Albaneses Instrument.

Trita Parsi, der stellvertretende Vorsitzende des *Quincy Institute*, veröffentlichte als Antwort auf den Artikel der «Jerusalem Post» einen brillanten und treffenden Kommentar auf *X*: «Sie können keine einzige Debatte gewinnen, also versuchen sie, andere zum Schweigen zu bringen.» Eine prägnantere Zusammenfassung unserer aktuellen Situation fällt mir nicht ein. Sich dem Schweigen widersetzen – das scheint mir die wichtigste Aufgabe unserer Zeit zu sein. Mit dem Jahreswechsel wird diese Verantwortung für uns immer dringlicher und persönlicher.

Was passiert eigentlich, wenn die Meinungsfreiheit unterdrückt wird? Konferenzen werden abgesagt, wie im Fall von Yanis Varoufakis, und Professoren werden suspendiert, entlassen oder überwacht. Zeitungen, Online-Zeitschriften, Podcasts: Diese und andere Me-

Fortsetzung auf Seite 4

* *Patrick Lawrence*, langjähriger Auslandskorrespondent, vor allem für die «International Herald Tribune», ist Kolumnist, Essayist, Autor und Dozent. Sein vorletztes Buch ist «Time No Longer: Americans After the American Century», Yale 2013. 2023 ist sein neues Buch «Journalists and Their Shadows» bei *Clarity Press* erschienen. Im März 2025 erschien sein Buch in deutscher Übersetzung. Seine Webseite lautet *patricklawrence.us*. Unterstützen Sie seine Arbeit über *patreon.com/thefloutist*.

Pro memoria – eine Rede aus dem Jahr 2008

«Nato-Erweiterung – ein äusserst gefährlicher Prozess»

Rede von Živadin Jovanović, Präsident des «Belgrader Forums für eine Welt der Gleichen», bei der Internationalen Konferenz «Die erzwungene Osterweiterung der Nato und die Sicherheit Europas» in Kiew vom 2. bis 3. April 2008

Živadin Jovanović (Bild zvg)

Die Erweiterung der Nato im letzten Jahrzehnt des 20. und im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts spiegelt die neokoloniale, imperiale Politik vor allem der USA wider. Ihr Ziel ist es offensichtlich, die vollständige Kontrolle über Energie, strategische Mineralien und Wasserressourcen sowie über die wichtigsten Transportwege für Öl und Gas zu erlangen. Regional gesehen umfasst diese Strategie drei Phasen. Zunächst sollten Polen, die baltischen Staaten, die Tschechische und die Slowakische Republik, Ungarn und der Balkan unter die Kontrolle der Nato gebracht werden. Mit einigen Ausnahmen ist diese Phase fast abgeschlossen. Das Ziel der zweiten Phase ist es, die Regionen am Schwarzen Meer und am Kaspischen Meer sowie den Kaukasus unter Kontrolle zu bringen. Diese Phase ist, wie wir aus der Agenda des Nato-Gipfels in Bukarest entnehmen können, bereits im Gange. Die dritte Phase wird sich auf Russland konzentrieren, insbesondere auf Sibirien, das als reichstes Reservoir aller strategischen Ressourcen auf dem Planeten gilt, sowie auf Zentralasien und China.

Die sogenannten Übergangs- und Privatisierungsprozesse in den ehemaligen sozialistischen Ländern dienten lediglich als Deckmantel für die Auslieferung der wirtschaftlichen und natürlichen Ressourcen an westliche multinationale Konzerne. Das Demokratisierungsmodell Washingtons scheint ein Mechanismus zu sein, um die natürlichen und nationalen Ressourcen der ehemaligen sozialistischen Länder vollständig unter Kontrolle zu bringen und die Nato als Garanten für die Unumkehrbarkeit der Übertragung des nationalen Reichtums an westliche multinationale Konzerne auszubauen.

Die Nato-Erweiterung erfolgt in mehreren Stufen – Vasallendemokratie, Partnerschaft für den Frieden, Mitgliedschaft und Einrichtung von Nato-Stützpunkten. In den letzten fünfzehn Jahren sind amerikanische und Nato-Stützpunkte wie Pilze aus dem Boden geschossen. Heute gibt es in Europa mehr dieser Stützpunkte als jemals zuvor während des Kalten Krieges. Das System der amerikanischen und Nato-Stützpunkte erstreckt sich über mehrere tausend Kilometer Frontlinie von der Nordsee über die Ostsee bis nach Anatolien, dem östlichen Mittelmeerraum und dem Nahen Osten.

Europa, insbesondere der Osten und Südosten des Kontinents, wurde nach dem Willen und aus strategischen Interessen der USA und der reichsten Länder des Westens militarisiert. In diesem Prozess waren demokratische Verfahren und Institutionen in vielen Fällen lediglich Abnickmechanismen. Die nationalen Eliten tragen die volle Verantwortung für die langfristigen Folgen dieser Entwicklung. Was sind die vorhersehbaren Folgen?

1. *Zunahme der Spannungen auf globaler Ebene, Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Russland, Anhäufung von Konfrontations- und Konfliktpotentialen*. Seit der Aggression gegen die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) vor neun Jahren hat sich die Nato zu einem offensiven, d.h. aggressiven Bündnis gewandelt, das seinen Aktionsradius über die in der Gründungsakte von 1949 festgelegten Gebiete der Mitgliedsländer hinaus ausdehnt. Die Entwicklungen in Afghanistan und im Irak sind ein Beweis dafür. Die Nato-Mitgliedschaft setzt heute voraus, dass man bereit ist, jederzeit in einen Angriffskrieg einzutreten, wenn die USA dies beschliessen, oder ihn zumindest zu unterstützen, auch wenn dies den nationalen Interessen eines bestimmten Landes zuwiderläuft. Im Falle eines Krieges wird ein solches Mitgliedsland zu einem legitimen militärischen Ziel, auch wenn es keine kämpferische Rolle in der Nato-Aktion übernimmt. Allein die Lage von Nato-Stützpunkten auf einem bestimmten Territorium provoziert Vergeltungsmassnahmen.

2. *Wettrüsten und steigende Militärausgaben auf globaler und nationaler Ebene*. Die Spirale des Wettrüstens ist eng mit einem Mangel an Vertrauen verbunden, was letztlich zur Gefahr unkontrollierbarer Konflikte führt. Auf nationaler Ebene der neuen Nato-Mitgliedsstaaten sowie der Länder, die Mitglieder der *Partnerschaft für den Frieden* (PfP) sind, führt die Standardisierung der militärischen Ausrüstung nach Nato-Normen zu unnötigen Ausgaben und einer ständig wachsenden Auslandsverschuldung, was sich negativ auf den Lebensstandard und das soziale Wohlergehen der Bürger auswirkt. Solche Verpflichtungen führen zu wachsenden Aufträgen und Gewinnen für den militärisch-finanziellen Sektor der USA.

3. *Die Erweiterung der Nato führt unweigerlich zur Militarisierung des europäischen Kontinents*. Dies steht im Widerspruch zur Politik der Entspannung, zur OSZE und zu den Grundsätzen der *Charta von Paris*. Die politische Entscheidungsfindung wurde in vielerlei Hinsicht militarisiert, wobei Parlamente und demokratische Verfahren im allgemeinen umgangen wurden. Militärische Verpflichtungen werden ohne parlamentarische Ratifizierung eingegangen. Somit gefährdet die Militarisierung gleichzeitig die Entwicklung, die Demokratisierung und die Sicherheitsarchitektur.

4. In der Praxis führt dies zu einer *Einschränkung und Verletzung der Freiheiten und Grundrechte der Bürger sowie der Unabhängigkeit und Souveränität jedes Landes*.

5. *Die Ost-Erweiterung der Nato wird von besonderen Interessen der USA vorangetrieben*: a) Bereitstellung von militärischem Personal aus dem «neuen Europa» für Kriege auf der ganzen Welt, um die mangelnde Bereitschaft des «alten Europas» zum Einsatz eigener Truppen auszugleichen, b) Erweiterung der Märkte für die eigene Rüstungsindustrie und c) Kontrolle, wenn nicht sogar Belastung der Zusammenarbeit zwischen Europa und Russland.

Lassen Sie mich sagen, dass die Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro) das erste Opfer der aggressiven Ost-Erweiterung der Nato war. In der Zwischenzeit hat die Nato ihre Aggression gegen Serbien fortgesetzt, indem sie von militärischen Mitteln zu politischen, finanziellen, wirtschaftlichen, subversiven und propagandistischen Mitteln übergegangen ist, um dieselben Ziele zu erreichen – die Abspaltung der Autonomen Provinz Kosovo und Metohija (KiM) von Serbien, die Trennung Montenegros von Serbien, die Schwächung Serbiens und die Errichtung einer totalen Kontrolle über den Balkan. Die einseitige Erklärung der Abspaltung der Provinz KiM am17. Februar dieses Jahres wurde von den USA und der Nato abgesegnet. Dies bestätigt, dass das Hauptziel der Nato-Aggression die Abspaltung von KiM von Serbien und die Schaffung des ersten Nato-Staates war. Es ist ein tragischer Fehler, der die Globalisierung des militärischen Interventionismus ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrats einleitet und Präzedenzfälle für Sezessionsbewegungen und Terrorismus in anderen Teilen Europas und der Welt schafft. Dies erinnert an das Verhalten des Westens in München im September 1938. Die «Bondsteel»-Basis in Kosovo und Metohija ist die grösste US-Basis in Europa. Ihre Rolle geht über Serbien und den Balkan hinaus und zielt offensichtlich viel weiter nach Osten.

Die einseitige, illegale Abspaltung von KiM hat Serbien und den Balkan ernsthaft destabilisiert. Sie schafft einen sehr gefährlichen Präzedenzfall nicht nur für die Region, sondern für Europa und die Welt. Serbien wird diesen illegalen, einseitigen Akt niemals akzeptieren oder anerkennen. Aufgezwungene Lösungen können keine dauerhaften Lösungen sein.

Die Erweiterung der Nato- und US-Stützpunkte ist ein äusserst gefährlicher Prozess, der dem Grundsatz der gleichen Sicherheit für alle Länder, unabhängig davon, ob sie Mitglieder der Militärbündnisse sind oder nicht, zuwiderläuft. Die Nato-Erweiterung offenbart Pläne, militärische Gewalt einzusetzen, um die Territorien, natürlichen Ressourcen, Handels- und Energierouten anderer souveräner Länder zu kontrollieren. Das Ziel der Umverteilung von Energie und anderen natürlichen Ressourcen zu Beginn des 21. Jahrhunderts erinnert an die imperiale Strategie Nazi-Deutschlands zur Umverteilung der Kolonien. Es ist nicht notwendig, den Preis und das Schicksal dieser Strategie zu erwähnen. Daher ist es die Pflicht aller friedliebenden Völker und Kräfte, sich gegen eine weitere Ausweitung der Stützpunkte der USA und der Nato zu wehren, bevor es zu spät ist. Europa darf eine Wiederholung der schlimmsten Perioden seiner Geschichte nicht zulassen. •

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Die Meinungsfreiheit und ihre Feinde»
Fortsetzung von Seite 3

dien werden zensiert, in Algorithmus-Ghettos abgeschottet oder zur Einstellung ihrer Veröffentlichungen gezwungen. Man wird verhaftet, weil man ein Plakat trägt oder wegen eines Aufdrucks auf dem T-Shirt. *Instagram*-Konten und Nachrichten auf *X* werden blockiert. Leser berichten, dass *Facebook* ihnen nicht erlaubt, Beiträge aus *Consortium News*, wo einige meiner Arbeiten erscheinen, zu teilen.

All dies ist mittlerweile gang und gäbe – zwar noch nicht ganz «normalisiert», aber fast. Neulich veröffentlichte der bereits erwähnte *Irlandarra* einen Beitrag auf *X*, in dem er einen Basketballstar namens *Dwight Howard* zitierte:

> *«Ich habe ‹Free Palestine› getwittert. Weniger als 10 Minuten später erhielt ich einen Anruf von der NBA. Der Commissioner, Agenten, Leute aus meiner Stiftung und sogar Leute aus Texas forderten mich auf, den Tweet zu löschen. Ich wäre deswegen fast aus der Liga ausgeschlossen worden. Und ich versuche herauszufinden, warum?!»*

Auf die eine oder andere Weise und in all diesen Fällen ist die freie Verwendung von Sprache verboten. Okay, das ist klar. Aber was passiert sonst noch?

Als ich über diese Frage und ihre weiteren Implikationen nachdachte, kam mir *L.S. Wygotski* in den Sinn, der bekannte sowjetische Psychologe, der 1934 im Alter von 37 Jahren starb (und dessen Werke bis zu *Stalins* Tod 1953 unterdrückt wurden). Der brillante Wygotski entwickelte seine höchst originelle Argumentation in seinem berühmtesten Buch «Denken und sprechen». Wygotski entdeckte in seinen Forschungen, dass die primäre Funktion der Sprache nicht die Sprache selbst ist, sondern das Denken. *Jean Piaget* beschäftigte sich etwas später mit dieser Frage, und noch später tat dies auch *Chomsky*. Die Sprache, wie wir sie verstehen, folgt der «inneren Sprache», unserer Sprache, wenn wir still mit uns selbst sprechen, und dann der egozentrischen Sprache, wenn, wie Piaget es ausdrückte, kleine Kinder laut in Sprachen sprechen, die nur sie kennen.

Es folgte Wygotskis Theorie, dass Worte Handlungen sind, eine Idee, die oft mit der russischen wissenschaftlichen Tradition in Verbindung gebracht wird: So wie Sprache dem Denken Form gibt, so mündet das Denken in Verhalten, in das, was wir tun. Und so kommen wir zu der wahren und schwerwiegenden Bedeutung der bedrohlichen Angriffe auf die Meinungsfreiheit, mit denen wir in der gesamten westlichen Welt konfrontiert sind.

Von der Unterdrückung der Meinungsfreiheit zur Gedankenkontrolle

Unmittelbar bedeutet die Unterdrückung der Meinungsfreiheit die Unterdrückung des Handelns. Dies ist offensichtlich die Absicht der autoritären Kräfte in Europa, in den Vereinigten Staaten und in Australien. Wenn nicht über die Greueltaten Israels, die wahren Ursachen des Krieges in der Ukraine oder den offenbar bevorstehenden Angriff auf Venezuela gesprochen wird, wird es bald keine Einwände mehr gegen diese Dinge geben. Dies ist der Schlüssel zum Prozess der «Normalisierung». Die täglichen Brutalitäten in Gaza, um ein offensichtliches Beispiel zu nennen, verschwinden aus den Schlagzeilen, die Menschen sprechen nicht mehr darüber, und der Widerstand dagegen schwächt sich bis zur Bedeutungslosigkeit ab.

Kein Denken, kein Sprechen, kein Handeln – ein Prozess, den die grossen Medien unaufhörlich verstärken. So bricht ein groteskes, moralisch bankrottes Schweigen über uns herein.

Mehr noch, die Unterdrückung der Meinungsfreiheit verwandelt die Zukunft in eine öde Tundra. Wir müssen uns bewusst sein und dürfen niemals vergessen, dass die Zensur von Meinungsäusserungen letztlich einer Gedankenkontrolle gleichkommt. Wenn alle alternativen Meinungen und Perspektiven effektiv verboten sind, überleben sie nur noch bei einigen wenigen Hartnäckigen und nur im Untergrund – ein Begriff, den wir wiederbeleben und uns angewöhnen sollten. An der Oberfläche des Lebens, wo die Orthodoxien herrschen, gibt es keine alternativen Meinungen oder Sichtweisen.

Um diesen Gedanken weiterzuführen: Wenn autoritäre Regime, die sich als Verteidiger demokratischer Rechte ausgeben, die Meinungsfreiheit und damit das freie Denken verbieten, sind wir praktisch wie Gefangene in einem Gefängnis der ewigen Gegenwart eingesperrt – das ist die Folge, wenn es verboten ist, sich eine andere Zukunft vorzustellen. Kreativität, Vorstellungskraft, Möglichkeiten und letztlich Veränderungen – all das wird unerreichbar.

Die tägliche Dosis Soma

Dies ist einer der Punkte, die *Huxley* in «Schöne neue Welt» anspricht. Das «Was ist», wie ich es nenne, ist alles, was es gibt oder geben wird. Die Verabreichung von *Soma*, dem staatlich bereitgestellten Medikament, das diejenigen, die es einnehmen, in eine betäubte Euphorie versetzt, wird für die soziale Kontrolle unerlässlich. Wir sollten darüber nachdenken, wenn wir die vorherrschenden Angriffe auf die freie Meinungsäusserung betrachten. Die «New York Times» oder jede andere Tageszeitung mit hoher Auflage füllen ihre Seiten mit all den Dingen, die man haben muss, all den Liebesromanen, die man lesen muss, und all den Aufläufen und Cocktails, die man probieren muss. Das ist mehr als nur Frivolität: Sie bieten ihren Lesern ihre tägliche Dosis *Soma*. Diejenigen, die sich am stärksten für die Meinungsfreiheit einsetzen sollten, betäuben ihre Leser nun für deren Abwesenheit.

Es ist an der Zeit: Seien wir entschlossen, im kommenden Jahr unsere Meinung zu sagen, auch wenn wir die Konsequenzen tragen müssen, die das mit sich bringen kann. Darauf werde ich im folgenden Artikel näher eingehen. •

---

[1] *https://maxmilo.com/en/collections/english-version?srsltid=AfmBOoqL8cwELPr-kQ0e1JXGcf-Du5nJnyj3jxEij9P5V1I-ZrxmtKBHu&utm_source=-substack&utm_medium=email*

[2] *https://data.europa.eu/apps/eusanctionstracker/subjects/180245*

[3] *https://braveneweurope.com/costas-lapavitsas-jacques-baud-and-the-demise-of-the-eu-as-a-liberal-project?utm_source=substack&utm_medium=e-mail*

[4] *https://www.project-syndicate.org/commentary/why-germany-bans-and-arrests-israel-critics-including-jews-by-yanis-varoufakis-2024-04?utm_source=substack&utm_medium=email*

[5] *https://conflictsforum.substack.com/p/moving-fast-breaking-things-a-new?utm_source=substack&utm_medium=email*

[6] *https://www.middleeasteye.net/news/palestine-action-linked-hunger-strikers-risk-death-un-warns?utm_source=substack&utm_medium=email*

[7] *https://www.jpost.com/diaspora/antisemitism/article-881294?utm_source=substack&utm_medium=e-mail*

Quelle: *The Floutist* vom 29. Dezember 2025; *https://thefloutist.substack.com*

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Sicherheit ist unteilbar – und Geschichte zählt

Offener Brief von Jeffrey Sachs an Bundeskanzler Friedrich Merz vom 12. Dezember 2025

Jeffrey Sachs (Bild jeffsachs.org)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Merz

Sie haben wiederholt von Deutschlands Verantwortung für die europäische Sicherheit gesprochen. Diese Verantwortung lässt sich nicht durch Parolen, selektive Erinnerung oder die Normalisierung von Kriegsrhetorik ersetzen. Sicherheitsgarantien sind keine Einbahnstrassen. Sie wirken in beide Richtungen. Dies ist weder ein russisches noch ein amerikanisches Argument; es ist ein Grundprinzip der europäischen Sicherheit, das explizit in der *Schlussakte von Helsinki*, dem OSZE-Rahmen und jahrzehntelanger Nachkriegsdiplomatie verankert ist.

Deutschland ist verpflichtet, diesem Moment mit historischem Ernst und Ehrlichkeit zu begegnen. In dieser Hinsicht bleibt Ihre jüngste Rhetorik gefährlich hinter den Erwartungen zurück.

Seit 1990 wurden Russlands zentrale Sicherheitsbedenken wiederholt ignoriert, verwässert oder direkt verletzt – oft mit aktiver Beteiligung oder Duldung Deutschlands. Diese Geschichte darf nicht ausgelöscht werden, wenn der Krieg in der Ukraine beendet werden soll, und sie darf nicht ignoriert werden, wenn Europa einen permanenten Konfrontationszustand vermeiden will.

Am Ende des Kalten Krieges gab Deutschland der sowjetischen und später der russischen Führung wiederholt und unmissverständlich die Zusicherung, dass die Nato nicht nach Osten expandieren würde. Diese Zusicherungen erfolgten im Kontext der deutschen Wiedervereinigung. Deutschland profitierte enorm davon. Die rasche Wiedervereinigung Deutschlands – innerhalb der Nato – wäre ohne die auf diesen Zusagen beruhende sowjetische Zustimmung nicht möglich gewesen. Später so zu tun, als seien diese Zusicherungen bedeutungslos gewesen oder lediglich beiläufige Bemerkungen, ist nicht realistisch, sondern geschichtsrevisionistisch.

1999 beteiligte sich Deutschland an den Nato-Bombenangriffen auf Serbien, dem ersten grösseren Krieg, den die Nato ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates führte. Dies war keine Verteidigungsaktion, sondern eine wegweisende Intervention, die die Sicherheitsordnung nach dem Kalten Krieg grundlegend veränderte. Für Russland war Serbien keine abstrakte Angelegenheit. Die Botschaft war unmissverständlich: Die Nato würde Gewalt jenseits ihres Territoriums anwenden, ohne UN-Mandat und ohne Rücksicht auf russische Einwände.

Im Jahr 2002 traten die Vereinigten Staaten einseitig aus dem ABM-Vertrag aus, einem Eckpfeiler der strategischen Stabilität über drei Jahrzehnte. Deutschland erhob keine ernsthaften Einwände. Doch die Aushöhlung der Rüstungskontrollarchitektur erfolgte nicht im luftleeren Raum. Raketenabwehrsysteme, die näher an Russlands Grenzen stationiert wurden, wurden von Russland zu Recht als destabilisierend wahrgenommen. Diese Wahrnehmungen als Paranoia abzutun, war politische Propaganda und keinesfalls kluge Diplomatie.

2008 erkannte Deutschland die Unabhängigkeit des Kosovo an, trotz ausdrücklicher Warnungen, dass dies den Grundsatz der territorialen Integrität untergraben und einen Präzedenzfall mit weitreichenden Folgen schaffen würde. Erneut wurden Russlands Einwände als böswillig abgetan, die grundsätzlichen Bedenken wurden nicht ernst genommen.

Das stetige Drängen auf eine Nato-Erweiterung um die Ukraine und Georgien – formell erklärt auf dem Gipfeltreffen in Bukarest 2008 – überschritt die deutlichsten roten Linien, trotz jahrelanger, lautstarker, klarer, konsequenter und wiederholter Einwände Moskaus. Wenn eine Grossmacht ein zentrales Sicherheitsinteresse benennt und es über Jahrzehnte hinweg immer wieder betont, ist dessen Ignorieren keine Diplomatie, sondern eine bewusste Eskalation.

Deutschlands Rolle in der Ukraine seit 2014 ist besonders beunruhigend. Berlin vermittelte gemeinsam mit Paris und Warschau das Abkommen vom 21. Februar 2014 zwischen Präsident *Janukowitsch* und der Opposition – ein Abkommen, das die Gewalt beenden und die verfassungsmässige Ordnung wahren sollte. Innerhalb weniger Stunden scheiterte dieses Abkommen. Es folgte ein gewaltsamer Umsturz. Eine neue Regierung entstand auf verfassungswidrigem Wege. Deutschland erkannte das neue Regime umgehend an und unterstützte es. Das von Deutschland garantierte Abkommen wurde folgenlos aufgegeben.

Das *Minsker Abkommen II* von 2015 sollte die Korrektur darstellen – ein ausgehandelter Rahmen zur Beendigung des Krieges in der Ostukraine. Deutschland fungierte erneut als Garantiemacht. Doch sieben Jahre lang wurde das *Minsker Abkommen II* von der Ukraine nicht umgesetzt. Kiew lehnte seine politischen Bestimmungen offen ab. Deutschland setzte sie nicht durch. Ehemalige deutsche und andere europäische Staats- und Regierungschefs haben inzwischen eingeräumt, dass Minsk weniger als Friedensplan denn als Verteidigungsmassnahme behandelt wurde. Allein dieses Eingeständnis erfordert eine Auseinandersetzung mit den Vorgängen.

Vor diesem Hintergrund klingen Forderungen nach immer mehr Waffen, immer schärferer Rhetorik und immer grösserer «Entschlossenheit» hohl. Sie fordern Europa auf, die jüngste Vergangenheit zu vergessen, um eine Zukunft permanenter Konfrontation zu rechtfertigen.

Genug der Propaganda! Genug der moralischen Infantilisierung der Öffentlichkeit! Die Europäer sind durchaus in der Lage zu verstehen, dass Sicherheitsdilemmata real sind, dass Nato-Aktionen Konsequenzen haben und dass Frieden nicht dadurch erreicht wird, dass man so tut, als gäbe es Russlands Sicherheitsbedenken nicht.

Die europäische Sicherheit ist unteilbar. Dieses Prinzip bedeutet, dass kein Land seine Sicherheit auf Kosten eines anderen stärken kann, ohne Instabilität zu provozieren. Es bedeutet auch, dass Diplomatie nicht Beschwichtigung ist und historische Ehrlichkeit kein Verrat.

Deutschland hat dies einst verstanden. Ostpolitik war keine Schwäche, sondern strategische Reife. Es wurde erkannt, dass Europas Stabilität von Dialog, Rüstungskontrolle, Wirtschaftsbeziehungen und der Achtung der legitimen Sicherheitsinteressen Russlands abhängt.

Deutschland braucht diese Reife heute erneut. Es darf nicht länger so reden, als sei Krieg unvermeidlich oder gar tugendhaft. Strategisches Denken darf nicht länger auf Bündnisparolen reduziert werden. Es muss sich endlich um echte Diplomatie bemühen – nicht als PR-Massnahme, sondern als ernsthafter Versuch, eine europäische Sicherheitsarchitektur wiederaufzubauen, die Russland einschliesst, statt es auszuschliessen.

Eine erneuerte europäische Sicherheitsarchitektur muss mit Klarheit und Zurückhaltung beginnen. Zunächst erfordert sie ein unmissverständliches Ende der Nato-Ost-Erweiterung – um die Ukraine, Georgien und jeden anderen Staat entlang der russischen Grenzen.

Die Nato-Erweiterung war keine unvermeidliche Folge der Nachkriegsordnung; sie war eine politische Entscheidung, die unter Verletzung feierlicher Zusicherungen von 1990 getroffen und trotz wiederholter Warnungen vor einer Destabilisierung Europas verfolgt wurde.

Sicherheit in der Ukraine wird nicht durch die Stationierung deutscher, französischer oder anderer europäischer Truppen erreicht, da diese die Spaltung nur vertiefen und den Krieg verlängern würde. Stabilität wird durch Neutralität erreicht, gestützt auf glaubwürdige internationale Garantien. Die Geschichte ist eindeutig: Weder die Sowjetunion noch die Russische Föderation haben in der Nachkriegsordnung die Souveränität neutraler Staaten verletzt – weder Finnland, Österreich, Schweden, die Schweiz noch andere. Neutralität funktionierte, weil sie legitime Sicherheitsbedenken aller Seiten berücksichtigte. Es gibt keinen triftigen Grund anzunehmen, dass sie nicht erneut funktionieren kann.

Zweitens erfordert Stabilität Entmilitarisierung und Gegenseitigkeit. Russische Streitkräfte müssen von den Nato-Grenzen ferngehalten werden, und Nato-Streitkräfte – einschliesslich Raketensysteme – müssen von

Fortsetzung auf Seite 6

Deutschland 2026?

von Karl-Jürgen Müller

Zu Weihnachten schrieb mir ein lebenserfahrener, politisch wacher Deutscher die folgenden Zeilen:

> *«Traurig sind wir über die Zukunft, welche wir den Enkeln hinterlassen. Das nächste Jahrzehnt wird gesellschaftlich, wirtschaftlich und wegen der aus der grössten Verschuldung unserer Geschichte entstehenden Belastung der nächsten Generation im internationalen Vergleich einen Absturz Deutschlands und Europas bringen – mit wachsendem Staatseinfluss, Meinungsdiktatur, Ausplünderung des Mittelstandes, allgemeiner Verarmung und zunehmenden Unruhen. Uns Alte betrifft das nicht mehr. Wir haben aber diese Entwicklung protestierend vorausgesehen – viele sogar unterstützt – und sind deshalb vor der nächsten Generation schuldig geworden.*
>
> *Noch dürfen wir das Weihnachtsfest in Wohlstand, ohne Angst und in Frieden geniessen. Aber auch Frieden ist nicht mehr sicher. Merz will Deutschland ‹kriegsbereit› machen und versenkt nicht nur Deutschlands Geld in dem korruptesten europäischen Staat (Ukraine), sondern will den Ukraine-Krieg als Europa-Krieg (ohne die USA) gegen Russland fortsetzen und glaubt wie der Ukraine-Führer noch an einen ‹Endsieg›, obwohl Deutschland schon zweimal damit gescheitert ist.*
>
> *Jede Generation will offenbar die Fehler der früheren noch einmal selber machen. […] Mein Vater hat gegen Ende des letzten Weltkriegs die Folgen klar vorausgesehen und in Predigten sogar öffentlich dargestellt (mit der Folge wiederkehrender Verhaftungen), uns aber immer gesagt, dass ‹je mehr es draussen stürmt, wir innerhalb der Familie Harmonie und Zusammenhalt haben müssen› und uns auf die Zeit danach vorbereiten sollten.»*

Am 28. Dezember war in der «Berliner Zeitung» zu lesen[1]:

«Der Jahreswechsel bietet […] wenig Anlass zur Hoffnung. Er markiert den Übergang in ein Jahr, in dem immer höhere laufende Kosten auf die [privaten] Haushalte zukommen, während ihnen immer weniger Netto bleibt. Für viele wird 2026 erneut teurer – keine gute Ausgangslage für mehr Sicherheit und sozialen Frieden.»

Am 26. Dezember schrieb die «Neue Zürcher Zeitung» über Deutschland[2]:

«Die Wahrscheinlichkeit für Arbeitslose, einen neuen Job zu finden, sei so ‹niedrig wie nie zuvor›, sagt die Chefin der Bundesagentur für Arbeit, *Andrea Nahles*. Eine schnelle Wende am Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht. […] Für viele Arbeitnehmer in Deutschland war 2025 kein gutes Jahr. Und auch 2026 dürfte keines werden. Der Grund: Landauf, landab bauen die Unternehmen Personal ab und haben weitere Stellenstreichungen für die nächsten Monate angekündigt.»

Und: «Nach drei Jahren Stagnation zeigen sich immer tiefere Bremsspuren am Arbeitsmarkt. Seit dem Tiefpunkt im Frühjahr 2022 hat die Anzahl der Arbeitslosen um mehr als 670 000 zugenommen. […] Vom Mittelständler bis zum Weltkonzern trennen sich die Unternehmen von Mitarbeitern, kürzen Ausbildungsprogramme und verlagern Arbeitsplätze ins Ausland. Teure Energie, hohe Steuern, wuchernde Bürokratie und die Aussicht auf steigende Sozialabgaben haben Deutschland seiner Standortattraktivität beraubt.»

Ein paar Zitate aus verschiedenen Umfrageergebnissen der deutschen Fernsehanstalt ARD der vergangenen Wochen und Monate[3]:

«Seit Mai ist nun eine neue Bundesregierung im Amt […]. Aktuell ist gut jeder Fünfte (22 Prozent) mit ihrer Arbeit zufrieden, drei Viertel (76 Prozent) sind mit ihr unzufrieden […]. Nur noch 38 Prozent sehen die aussenpolitische Situation Deutschlands als sicher an – sechs von zehn Deutschen (58 Prozent) halten sie für unsicher. Nur noch 29 Prozent bewerten die wirtschaftliche Stellung Deutschlands in der Welt als sehr sicher oder eher sicher. Für sieben von zehn Deutschen (69 Prozent) ist sie eher oder sehr unsicher. Nur noch jeder Vierte (26 Prozent) hält die gesellschaftliche Stabilität in Deutschland für sicher – 72 Prozent halten sie für unsicher.»

«Merz […] beanspruchte eine Führungsrolle Deutschlands innerhalb der Nato und hinterlegte das mit dem Bekenntnis, die Verteidigungsausgaben auf fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen. Gleichzeitig sind nur 34 Prozent der Deutschen von seinem Kurs bezüglich des Krieges gegen die Ukraine überzeugt. […] Beim Gaza-Krieg […] fordern die Menschen mehr von den Verantwortlichen: Zwei Drittel (66 Prozent) erwarten von der Bundesregierung, dass sie grösseren Druck auf die israelische Regierung ausübt, um Israel dazu zu bewegen, sein Vorgehen im Gaza-Streifen zu ändern.»

«Noch vor gut zehn Jahren zeigte sich nur eine Minderheit besorgt, dass es wieder zu einem grossen Krieg in Europa kommen könnte. Im aktuellen ARD-Deutschland Trend aber äussern 64 Prozent, also fast zwei Drittel, sehr grosse oder grosse Sorgen vor einem erneuten grossen Krieg in Europa.»

Und am 15. Dezember hatte die «Neue Zürcher Zeitung» berichtet[4]:

«Auf dem Papier ist die Meinungsfreiheit in Deutschland garantiert. Aus Sicht vieler Bürger verliert das im Grundgesetz gegebene Versprechen jedoch zunehmend an Glaubwürdigkeit. Eine repräsentative Umfrage […] zeigt: Eine Mehrheit der Deutschen hat den Eindruck, politische Ansichten nicht mehr ohne Zurückhaltung äussern zu können; nur noch eine Minderheit glaubt an uneingeschränkte Rede, 57 Prozent halten Vorsicht für geboten.»

Offensichtlich steht mein deutscher Kollege mit seinen Zeilen zu Weihnachten nicht alleine da. Deutschland geht es nicht gut. Die Menschen im Land, die in der Geschichte ihres Landes immer wieder grosse Krisen und Umbrüche bewältigt haben – als Mitmenschen und als Staatsbürger –, stehen auch jetzt wieder vor grossen Herausforderungen. Viele wissen, dass die bis heute tonangebenden Kräfte die Probleme des Landes nicht lösen werden. Und dass es auch nicht zu erwarten ist, dass irgendeine der Parteien, die in Deutschland zur Wahl stehen, eine Wende zum Besseren bringen wird. Es mangelt an fachlich und menschlich gereiften Persönlichkeiten. Die politische Kultur des Landes hat in den vergangenen Jahrzehnten stark gelitten. Der direktdemokratische Geist lebt noch zu wenig. Falsche Theorien und mächtige Interessen haben die Fundamente in Familie, Erziehung, Bildung und Wissenschaft, aber auch im sozialen und wirtschaftlichen Leben stark geschwächt.

Über Deutschland und die Deutschen zu Gericht zu sitzen wird allerdings nichts besser machen. Wer sitzt nicht im Glashaus? Auch ein wirtschaftlicher Zusammenbruch, ein Crash, wird nichts besser machen. Eher drohen dann politisches Chaos und offen diktatorische Verhältnisse.

Ein neues Fundament wird nur entstehen können, wenn es mehr Menschen gibt, die sich – trotz aller Probleme … oder vielleicht auch gerade deshalb – mit Deutschland und den dort lebenden Menschen verbunden fühlen und zeigen. Das ist auch eine Frage des Menschen- und Weltbildes, des Wissens um und des Gefühls für das Geworden-Sein des Einzelnen und allen sozialen Lebens in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. «Vernunft und Menschlichkeit» war das Thema unseres Kongresses «Mut zur Ethik» Ende August 2025. Das ist auch für Deutschland wichtig. Gerade auch für «die Zeit danach». •

---

1 *https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/energie-steuern-jobs-warum-das-jahr-2026-fuer-viele-teurer-wird-li.10010314*

2 *https://www.nzz.ch/wirtschaft/die-arbeitslosenzahl-in-deutschland-koennte-bald-wieder-ueber-die-marke-von-3-millionen-klettern-ld.1918063*

3 *https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend*

4 *https://www.nzz.ch/visuals/mehrheit-der-deutschen-aeussert-politische-meinungen-nur-noch-mit-vorsicht-ld.1916157*

«Wenn Russland und die europäischen Nationen ihre Kräfte bündeln würden …»

Wladimir Putin zu Fragen der russischen Aussen- und Sicherheitspolitik

zf. Der russische Präsident Wladimir Putin hat in den Tagen vor Weihnachten erneut zu aktuellen Fragen der Aussen- und Sicherheitspolitik und zum Ost-West-Verhältnis Stellung genommen. Die erste Gelegenheit war die traditionelle Sitzung im russischen Verteidigungsministerium am 17. Dezember, bei der die ausführliche Rede des Verteidigungsministers mit Eingangs- und Schlussbemerkungen des Präsidenten umrahmt wurde. Die zweite Gelegenheit war die jährlich stattfindende, dieses Jahr mehr als vier Stunden dauernde öffentliche Pressekonferenz am 19. Dezember, in welcher der Präsident zu Fragen und anderen Wortbeiträgen russischer Bürger und von Journalisten aus aller Welt – auch aus dem Westen – Stellung nahm.

Veranstaltung am 17. Dezember 2025, Eingangsbemerkungen

Heute können wir beobachten, dass die geopolitische Lage weltweit weiterhin angespannt ist und in einigen Regionen sogar kritisch. Die Nato-Staaten bauen ihre Offensivkräfte aktiv aus, modernisieren sie und entwickeln und stationieren neue Arten von Waffen, auch im Weltraum.

Unterdessen wird der Bevölkerung in Europa die Angst vor einer unvermeidlichen Konfrontation mit Russland eingeimpft, mit der Behauptung, man müsse sich auf einen grossen Krieg vorbereiten. Verschiedene Persönlichkeiten, die verantwortungsvolle Positionen innehatten oder weiterhin innehaben, scheinen einfach vergessen zu haben, was diese Verantwortung mit sich bringt. Sie schüren Hysterie, geleitet von momentanen, persönlichen oder den Interessen einer politischen Partei und nicht von den Interessen ihres Volkes. Ich habe schon oft gesagt, dass dies eine Lüge und eine irrationale Erzählung über eine imaginäre russische Bedrohung für europäische Länder ist. Aber sie tun dies bewusst.

Die Wahrheit ist, dass Russland bis zum letzten Moment immer versucht hat, selbst unter den kompliziertesten Umständen diplomatische Lösungen für Differenzen und Konflikte zu finden. Die Verantwortung für das Versäumnis, diese Chancen zu nutzen, liegt eindeutig bei denen, die glauben, dass sie uns mit Gewalt unter Druck setzen können.

Wir fordern weiterhin den Aufbau einer für beide Seiten vorteilhaften und gleichberechtigten Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und den europäischen Ländern sowie die Schaffung eines gemeinsamen Sicherheitssystems in der eurasischen Region. Wir begrüssen die ersten Fortschritte in unserem Dialog mit der neuen US-Regierung, was von den derzeitigen Führern der meisten europäischen Länder nicht behauptet werden kann.

Quelle: *http://en.kremlin.ru/events/president/news/78801* vom 17.12.2025

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

Jahrespressekonferenz am 19. Dezember 2025

Guten Tag. Mein Name ist Zeljko Sain, und ich arbeite für die serbische Zeitung «Politika». Vielen Dank, dass Sie mir die Gelegenheit geben, eine Frage zu stellen. […] Sie haben sich bemüht, die Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten wieder zu normalisieren. […] Können wir in Zukunft mit einer Zusammenarbeit rechnen, die uns ein normales Leben ohne Kriege ermöglicht? Ich hoffe, dass wir nächstes Jahr, wenn wir uns wieder treffen, über Frieden statt über Krieg sprechen werden.

Wladimir Putin: Danke für Ihre Frage.

Auch wir möchten im nächsten Jahr in Frieden und frei von militärischen Konflikten leben. Ich möchte noch einmal betonen, dass dies unser aufrichtiger Wunsch ist. Wir bemühen uns, alle Streitigkeiten durch Verhandlungen beizulegen.

Natürlich müssen wir, und ich denke, Sie werden uns in diesem Punkt zustimmen, die Ursachen des Konflikts angehen, damit sich so etwas nicht wiederholt und der Frieden dauerhaft und nachhaltig ist. Das ist es, was wir erreichen wollen.

Was unsere Zusammenarbeit mit der Nato betrifft, so gab es eine Zeit, in der wir mit ihr zusammengearbeitet haben. Es ging dabei nicht nur um Zusammenarbeit, sondern um die Nato-Mitgliedschaft, zunächst für die Sowjetunion und später für die Russische Föderation. In beiden Fällen mussten wir jedoch feststellen, dass niemand dies wollte und dass die Versprechen, die man uns gegeben hatte, die Nato nicht zu erweitern, ignoriert wurden. Wieder einmal wurden wir getäuscht, als die Nato ihre Reihen in mehreren Wellen erweiterte. Natürlich konnte dieses Bestreben, militärische Infrastruktur näher an unsere Grenzen zu verlegen, bei uns nur Besorgnis hervorrufen und sorgt auch heute noch für ernsthafte Bedenken.

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich an der Zeit, ein neues Sicherheitskonzept für Europa zu entwickeln. Vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion gab es in Europa kluge Köpfe, darunter auch die Führer der deutschen SPD. Nehmen wir zum Beispiel *Egon Bahr*. Als versierter Politiker schlug er sogar vor, ein neues Sicherheitssystem in Europa zu schaffen, ohne die Nato zu erweitern. Statt dessen hätte es die Vereinigten Staaten, osteuropäische Länder und Russland einbezogen, um Inklusivität zu gewährleisten, ohne jemanden in eine schwierige Lage zu bringen.

Wir stellen keine aussergewöhnlichen Forderungen. Wir verweigern keinem Land das Recht, selbst zu entscheiden, wie es sich verteidigen will, aber die Art und Weise, wie es dies tut, sollte für niemanden eine Bedrohung darstellen, auch nicht für Russland.

Wir fordern nichts, was nicht bereits zuvor erklärt wurde. Wir bestehen lediglich darauf, dass unsere westlichen Partner ihre Zusagen und Verpflichtungen einhalten. Schliesslich haben sie uns betrogen, während wir ein zuverlässiges Sicherheitsgefüge in Europa aufbauen wollen. […]

Steven Rosenberg, BBC News. Ich habe eine Frage zur Zukunft – zur Zukunft Russlands. Welche Zukunft planen und gestalten Sie für Ihr Land und Ihr Volk? Wird in dieser Zukunft jede öffentliche Meinungsverschiedenheit mit der offiziellen Linie wie bisher strafrechtlich verfolgt werden? Wird die Suche nach äusseren und inneren Feinden intensiviert werden? Werden Abschaltungen des mobilen Internets im ganzen Land immer häufiger vorkommen? Wird es weitere militärische Sonderoperationen geben, oder wird Russland einen anderen Weg

Blick in die Pressekonferenz des russischen Präsidenten Wladimir Putin am 19. Dezember 2025 in Moskau. (Bild kremlin.ru)

einschlagen? Ich erinnere mich, dass Sie gesagt haben, unsere Zukunft liege in unseren Händen – das heisst, in den Händen aller. Aber im Grunde genommen liegt fast die gesamte Macht in Russland in Ihren Händen, was bedeutet, dass auch seine Zukunft weitgehend in Ihren Händen liegt. Wie wird sie also aussehen? Was steht uns bevor? Wird es eine Fortsetzung dessen sein, was wir derzeit erleben?

Wladimir Putin: Wie wird die Zukunft Russlands aussehen? Werden Handlungen oder Personen, die mit den Behörden nicht einverstanden sind, wie Sie es formulieren, strafrechtlich verfolgt werden? Sie beziehen sich wahrscheinlich auf unser bekanntes und häufig kritisiertes Gesetz über ausländische Agenten.

Kollege, ich möchte darauf hinweisen, dass dies nicht unsere Erfindung ist. Solche Gesetze wurden bereits in den 1930er Jahren in einer Reihe westlicher Länder, darunter auch in den Vereinigten Staaten, verabschiedet. Darüber hinaus sind alle diese Gesetze, einschliesslich des amerikanischen, deutlich strenger. Sie sehen eine strafrechtliche Haftung, einschliesslich Freiheitsstrafen, für aus dem Ausland finanzierte politische Aktivitäten vor.

Wir haben nichts dergleichen. Unser Gesetz verlangt nur eines: Wenn Sie politisch aktiv sind, müssen Sie Ihre Finanzierungsquellen offenlegen. Es gibt keine Repressionen und keine strafrechtliche Verfolgung dafür.

Wenn eine Person ihre politischen Aktivitäten einstellt oder ausländische Finanzmittel für solche Aktivitäten ablehnt, wird sie aus diesen Listen gestrichen. Dafür gibt es viele Beispiele. […]

Sie haben auch gefragt, ob es neue militärische Sonderoperationen geben wird. Es wird keine geben, wenn wir mit Respekt behandelt werden und unsere Interessen berücksichtigt werden, so wie wir stets versucht haben, Ihre Interessen zu berücksichtigen. Aber Sie haben uns getäuscht, zum Beispiel mit der Ost-Erweiterung der Nato. Uns wurde gesagt, dass die Nato «keinen Zentimeter nach Osten» expandieren würde – das ist ein direktes Zitat. Und was ist passiert? Wie man hier sagt, haben Sie uns einfach getäuscht und unsere Sicherheitsinteressen missachtet.

Sie – nun, natürlich nicht Sie persönlich, sondern westliche Politiker – haben die aktuelle Situation mit eigenen Händen geschaffen und eskalieren sie weiter. Sie sprechen ständig davon, sich auf einen Krieg mit Russland vorzubereiten. […] Ich denke, selbst diejenigen, die von einem Krieg mit Russland sprechen, verstehen [die Absurdität] dieser Vorstellung. Planen wir etwa, Europa anzugreifen oder so etwas? Was für ein Unsinn ist das denn?

Dies geschieht aus innenpolitischen Gründen, um ein Feindbild zu schaffen. Und dieses Feindbild, in diesem Fall Russland, wird bewusst konstruiert, um die Fehler zu verschleiern, die viele westliche Regierungen im Laufe der Jahre sowohl in der Wirtschafts- als auch in der Sozialpolitik immer wieder begangen haben. […] Ein Fehler nach dem anderen – doch all dies wird vertuscht, indem Russland als böswillige externe Bedrohung dargestellt und die öffentliche Aufmerksamkeit von internen Versäumnissen abgelenkt und auf die Aussenwelt gelenkt wird.

Ihre Fragen folgen im Grunde derselben Logik. Sie sagten, dass alle Macht in meinen Händen konzentriert sei. Es stimmt, dass der Präsident der Russischen Föderation mit Machtbefugnissen ausgestattet ist. Aber der Umfang und das Ausmass dieser Macht sind klar definiert und in der Verfassung der Russischen Föderation, dem Grundgesetz unseres Landes, verankert. Wenn beispielsweise legislative Entscheidungen getroffen werden, unterzeichne ich tatsächlich Gesetze, wie es in jedem Land der Fall ist. Ich kann mich nicht mehr an den genauen Prozentsatz erinnern, aber ein erheblicher Teil dieser Gesetze wird von Abgeordneten der Staatsduma oder von Mitgliedern der oberen Kammer des Parlaments, dem Föderationsrat, initiiert. Das sind objektive Tatsachen. Natürlich verfügt der Präsident Russlands über weitreichende Befugnisse, aber ich glaube, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen eine präsidiale Regierungsform für unser Land gerechtfertigt ist.

Ich möchte mit einer anderen Bemerkung schliessen. Wir sind bereit, mit Ihnen zusammenzuarbeiten – mit Grossbritannien, mit Europa insgesamt und mit den Vereinigten Staaten –, aber ausschliesslich auf der Grundlage von Gleichheit und gegenseitigem Respekt.

Wenn wir letztlich zu einer solchen Einigung gelangen, werden alle davon profitieren.

Ich erinnere mich an ein Gespräch, an dem ich 1993 teilgenommen habe und bei dem *Helmut Kohl*, damaliger Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, sprach. Er sagte, wenn Europa ein unabhängiges Zentrum der Zivilisation bleiben wolle, müsse seine Zukunft unweigerlich mit Russland verbunden sein. Wir ergänzen uns auf natürliche Weise; gemeinsam könnten wir arbeiten, uns entwickeln und prosperieren. Ohne dies würde Europa irgendwann verschwinden. […]

Wenn Russland und die europäischen Nationen ihre Kräfte bündeln würden, würde unser gemeinsames BIP in Kaufkraftparität das der Vereinigten Staaten übersteigen. Das ist natürlich eine theoretische Berechnung. Aber die zugrunde liegende Realität ist klar: Durch die Bündelung und Ergänzung unserer Fähigkeiten würden wir Wohlstand statt Konfrontation erreichen. Nicht Russland kämpft gegen Sie. Sie sind es, die durch ukrainische Nationalisten gegen uns kämpfen.

Wir sind bereit, diese Feindseligkeiten unverzüglich einzustellen, sofern die mittel- und langfristigen Sicherheitsinteressen Russlands gewährleistet sind. Und wir sind bereit zur Zusammenarbeit. […] •

Quelle: *http://en.kremlin.ru/events/president/news/78815* vom 19.12.2025

(Übersetzung *Zeit-Fragen*)

«Sicherheit ist unteilbar …»

Fortsetzung von Seite 5

den russischen Grenzen ferngehalten werden. Sicherheit ist unteilbar, nicht einseitig. Grenzregionen sollten durch überprüfbare Abkommen entmilitarisiert und nicht mit immer mehr Waffen überladen werden.

Sanktionen sollten im Rahmen einer Verhandlungslösung aufgehoben werden; sie haben keinen Frieden gebracht und der europäischen Wirtschaft schweren Schaden zugefügt.

Insbesondere Deutschland sollte die leichtfertige Beschlagnahmung russischer Staatsvermögen ablehnen – ein eklatanter Verstoss gegen das Völkerrecht, der das Vertrauen in das globale Finanzsystem untergräbt. Die Wiederbelebung der deutschen Industrie durch rechtmässigen, auf Verträgen beruhenden Handel mit Russland ist keine Kapitulation, sondern wirtschaftlicher Realismus. Europa sollte seine eigene Produktionsbasis nicht im Namen moralischer Rhetorik zerstören.

Schliesslich muss Europa zu den institutionellen Grundlagen seiner eigenen Sicherheit zurückkehren. Die OSZE – nicht die Nato – sollte wieder als zentrales Forum für europäische Sicherheit, Vertrauensbildung und Rüstungskontrolle dienen. Strategische Autonomie für Europa bedeutet genau dies: eine europäische Sicherheitsordnung, die von europäischen Interessen geprägt ist, nicht von der permanenten Unterordnung unter den Nato-Expansionsgedanken.

Frankreich könnte seine nukleare Abschreckung als europäischen Sicherheitsschirm ausweiten, jedoch nur in einer rein defensiven Haltung, ohne vorgeschobene Systeme, die Russland bedrohen.

Europa sollte dringend auf eine Rückkehr zum INF-Rahmen und auf umfassende strategische Verhandlungen zur nuklearen Rüstungskontrolle unter Beteiligung der Vereinigten Staaten und Russlands – und später auch Chinas – drängen. Die Analogie zwischen Kosovo und Ukraine muss ebenfalls ehrlich anerkannt werden: Grenzen wurden in Europa bereits mit westlicher Unterstützung verschoben. Grenzen werden verschoben. Das Streben nach Frieden muss unantastbar sein.

Und das Wichtigste: Lernen Sie Geschichte, Herr Bundeskanzler! Und seien Sie dabei ehrlich! Ohne Ehrlichkeit kann es kein Vertrauen geben. Ohne Vertrauen kann es keine Sicherheit geben. Und ohne Diplomatie riskiert Europa, die Katastrophen zu wiederholen, aus denen es angeblich gelernt hat.

Die Geschichte wird beurteilen, woran sich Deutschland erinnert – und was es vergisst. Lassen Sie Deutschland dieses Mal Diplomatie und Frieden wählen und zu seinem Wort stehen.

Mit freundlichen Grüssen

Jeffrey D. Sachs,
Universitätsprofessor, Columbia University

Quelle: *https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/offener-brief-von-jeffrey-sachs-lernen-sie-geschichte-herr-bundeskanzler-li.10010628* vom 17.12.2025; das Original in englischer Sprache: *https://www.jeffsachs.org/newspaper-articles/albzye67-la82jw37ltlrpg8r5ybgwz*

«Menschen am Mut und an der Hoffnung gehalten»

von Moritz Nestor

«Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen.»
(Ernst Bloch)[1]

Hoffnung macht den Menschen zutiefst aus. Ohne sie könnten wir nicht existieren. Das Christentum lehrte Hoffnung als Tugend. Es hat aber die Hoffnung nicht erfunden. Gehofft haben die Menschen zu allen Zeiten.

Anlass zur Hoffnung auf diese Kraft im Wesen des Menschen gibt der Aufsatz von *Giovanni Maio*, «Therapieziel Hoffnung. Zur Bedeutung der Hoffnung in einer technisierten Medizin». Dieser «bewegend wunderbare» Aufsatz, wie mir ein Kollege schrieb, muss noch viel zu reden geben. Denn seine tiefen Gedanken greifen weit über die Bedeutung der Hoffnung für Leidende, Kranke und Sterbende hinaus und fragen uns: «Was bedeutet Hoffnung in unserer Zeit?»[2] Giovanni Maio beginnt mit dem Grundgedanken:

> *«Wir können eben nur dann konkret hoffen, wenn wir von einer Grundhoffnung getragen sind. […] Der Mensch wählt also seine Alltagshoffnungen auf dem Boden der Hoffnung, die ihn trägt und leitet.»*[3]

1979 schenkte mir mein Vater eine Ausgabe von *Ernst Blochs* dreibändigem Werk «Prinzip Hoffnung» zum Geburtstag. Auf der Innenseite des ersten Bandes steht von seiner Hand «Seite 83 unten: Was Hoffnung ist». Er wollte seinem Sohn Mut machen. «Hoffnung», sagt Bloch an dieser von Vaters Hand unterstrichenen Stelle,

> *«dieser Erwartungs-Gegenaffekt gegen Angst und Furcht, ist deshalb die menschlichste aller Gemütsbewegungen und nur Menschen zugänglich, sie ist zugleich auf den weitesten und den hellsten Horizont bezogen».*[4]

Und dann zitiert Bloch jenen fast etwas unmarxistisch klingenden Gedanken von *Marx:*

> *«Eine Spinne verrichtet Operationen, die denen des Webers ähneln, und eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Wachszellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vornherein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, dass er die Zelle in seinem Kopf gebaut hat, bevor er sie in Wachs baut, am Ende des Arbeitsprozesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginn desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war.»*[5]
>
> Der Mensch als Baumeister *«verwirklicht im Natürlichen zugleich seinen Zweck, den er weiss».*[6]

Auf allen Gebieten des Lebens, so deutet Bloch diesen Gedanken, muss der Mensch «den Plan selber geplant haben» und dann die Verwirklichung seines Plans «als einen glänzenden, auch entscheidend anfeuernden Traum nach vorwärts vorweggenommen haben».[7] Im Unterschied zur Biene kann und muss der Mensch planend «vorausblicken».

> *«Und genau an dieser Stelle nun bildet sich das, […] was gegebenenfalls […] aktiviert und aufs Ziel des besseren Lebens hinspannt: es bilden sich Tagträume. Sie kommen allemal von einem Mangel her […], sie sind allesamt Träume von einem besseren Leben. […] unter ihnen gibt es […] entnervende Fluchtträume […] mit Billigung und Unterstützung des bestehenden Zustands […]. Aber wie viele andere Wunsch-Tagträume haben sie, indem sie vom Wirklichen nicht wegsahen, sondern konträr […] in seinen Horizont hineinsahen, Menschen am Mut und an der Hoffnung gehalten.»*[8]

Der Mensch «erweitert» so sein Leben planend in die Zukunft. Und ihm schwebt dabei etwas «Noch-nicht-Bewusstes» vor, was es noch nie gegeben hat und was man in der Vergangenheit noch nie gedacht hat: eine «Dämmerung nach vorwärts, ins Neue». Dieses Erahnen einer neuen Zukunft umgibt bereits die einfachsten Tagträume, «von da reicht sie in die weiteren Gebiete der verneinenden Entbehrung, also der Hoffnung».[9]

Man könnte sich lange und äusserst fruchtlos darüber streiten, wieso Bloch als Marxist über die christliche Tugend der Hoffnung schreibt, wo doch Marx die Religion als «Opium des Volkes» abgetan hat. Etwas viel Wichtigeres ist zu betonen: Ernst Bloch schreibt das «Prinzip Hoffnung» zwischen 1938 und 1947 im amerikanischen Exil und veröffentlicht es 1959. Mehr als ein halbes Jahrhundert später lesen wir in dem bemerkenswerten Aufsatz des Christen Giovanni Maio «Therapieziel Hoffnung» folgende Sätze, die den Gedanken des Marxisten Ernst Bloch so verblüffend gleichen:

> *«Die Hoffnung ist kein schwärmerisches Übergehen der Realität, sondern sie ist das Anerkennen der Realität, sie ist grundlegend vernunftorientiert, weil sie die Defizite des Jetzt klar erkennt. Die Hoffnung ist dadurch charakterisiert, dass sie die widrige Realität gerade nicht übertüncht, sondern sie bejaht; sie erkennt sie an, lässt sich aber nicht von ihr überwältigen. Hoffnung impliziert die Fähigkeit, in der jetzigen Realität zugleich auch eine Potentialität zu erblicken. Der Hoffende sieht […] die der Widrigkeit immer noch innewohnende Möglichkeit. […] der Hoffende ist der klar Sehende, der sich Perspektiven schafft.»*[10]
>
> *«Während der Verzweifelte die Gegenwart auf das Noch-Nicht reduziert und seinen Blick somit allein auf die reine Gegenwart einengt, sich also in der Gegenwart gefangen hält, vermag der Hoffende das Defizitäre der Gegenwart genauso zu erkennen, sieht aber durch das Defizitäre hindurch die grundsätzliche Möglichkeit des Guten.»*[11]

Warum treffen sich ein Marxist und ein Christ am gleichen Punkt, wenn sie über Hoffnung sprechen? Weil es der Punkt ist, der alle, «die Menschenantlitz tragen» (*Alphonse Daudet*), als Gleiche miteinander geistig verbinden kann. Er macht die Hoffnung zu etwas, das den Optimismus weit übersteigt: Die Gewissheit über das Wesen des Menschen – über seine Natur, das Geschöpf Gottes, oder welche Worte wir nehmen. Es ist die sittlich-rechtliche Gewissheit, die in Artikel 1 der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* zum Ausdruck kommt und die 1948 erstmals für alle Menschen kategorisch forderte:

> *«Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.»*

Heute gehört die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* zum Völkergewohnheitsrecht. Wer aber die Zeitgeschichte verfolgt, könnte ohne Hoffnung verrückt werden. Man mag es nicht erneut aufzählen, zu was für einem schrecklichen Zerrbild Menschen werden können, wenn sie grössenwahnsinnig sind, erfüllt sind von Hass, Geld- und Machtgier; wenn sie jeden Bezug zur Realität verlieren; wenn ihnen Menschen nur Mittel zum Zweck sind; wenn sie ohne Gewissen zu Völkermördern werden, die im Namen irgendeines angeblich höheren Wesens andere als «Vieh» sehen und massenweise abschlachten; die sich wie Irre benehmen und, emotional erkaltet, geistig unfähig sind, sich zu überlegen, ob andere vielleicht auch einmal recht haben.

In dieser «westlichen» Welt, zu der wir zählen, ob es uns passt oder nicht, lebt nicht mehr viel, was einmal zum Besten der europäischen Kultur zählte.

Und doch sind es nur 5–10% der internationalen Geld- und Machteliten, die zu dem fähig sind, was ich gerade beschrieb. Die überwiegende Mehrheit der Menschheit arbeitet, liebt ihre Familie und ihre Kinder, will keinen Krieg, keine Folter, will nichts von dem, was täglich an Irrsinn auf einen einstürmt. Aber sie sind gefangen in der irrationalen Angst vor herbeigeredeten Bedrohungen, die ihnen täglich eingeträufelt wird.

Vielleicht ist das Einzige, was uns geistig tragen kann, egal zu welcher Religion oder Weltanschauung wir uns rechnen, diese Gewissheit: dass nämlich mit jedem neugeborenen Kind wieder neues «unverbogenes» Leben zur Welt kommt, das noch nicht in dem Irrsinn unserer westlichen Kultur gefangen ist. Dort sieht der Hoffende, dass der Mensch in Wirklichkeit völlig anders ist.

Vergegenwärtigen wir uns folgendes Beispiel. Ein 12 Monate altes Kind sieht beim Spielen zu, wie ein Erwachsener Unterlagen bearbeitet. Es ist vereinbart, dass nicht gesprochen wird. Der Erwachsene verlässt nach einer Weile den Raum. Ein zweiter Erwachsener kommt herein, räumt die Unterlagen des ersten weg und verlässt den Raum. Der erste Erwachsene kommt nach einer Weile zurück und sucht seine Unterlagen. Das Kind sieht das und zeigt ihm mit dem Finger den Ort im Regal, wo das Gesuchte liegt. Als der Erwachsene verstanden hat, hört das Kind auf zu zeigen.[12] Das Kind kann noch nicht sprechen und aufrecht gehen. Aber es versteht schon diese Zeigegeste und deren Sinn.[13]

Allegorie der Hoffnungy. Von einem unbekannten Künstler aus Holland, 16. Jahrhundert. (Bild zvg)

Was ist passiert? Das Kind verbindet sich geistig mit dem Erwachsenen und erfasst, was sich in ihm abspielt, es versteht dessen Intention. Es erkennt den anderen als ihm wesensgleich (Gleichheit) und hilft, nicht weil der andere ein geliebter Angehöriger ist, es handelt sich ja um einen Fremden, sondern weil es den anderen als Mitmenschen wahrnimmt, dem es spontan, aus freien Stücken hilft (Freiheit), und nicht, weil es aufgefordert oder belohnt worden wäre – es ist kein Kosten-Nutzen-Maximierer. Es ist ein freiwilliges spontanes (intrinsisches) Handeln. Es hilft, weil es erkennt, was dem anderen fehlt. Es versetzt sich geistig in dessen Position und erfasst dessen Absicht. Es verbindet sich geistig mit dem Erwachsenen und dessen Absicht. Und: es macht das alles gerne, es ist ihm eine Freude. Es entsteht eine gemeinsame Aufmerksamkeit auf die gleiche Absicht (Brüderlichkeit). Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit stehen am Anfang des Lebens. Es ist das ein Verhalten, das *alle* Kinder um das Ende des ersten Lebensjahrs zeigen, noch bevor das Kind sprechen und einsichtig denken kann.

Michael Tomasello nennt diesen Vorgang «kulturelle Intelligenz» oder «geteilte Intentionalität». Es ist die Fähigkeit,

> *«mit anderen in kooperativen Unternehmungen gemeinsame Absichten zu verfolgen und Verpflichtungen einzugehen. Diese gemeinsamen Absichten und Verpflichtungen werden durch gemeinsame Aufmerksamkeit und wechselseitiges Wissen geformt und basieren auf den kooperativen Motiven, anderen zu helfen und Dinge mit ihnen zu teilen.»*[14]

Diese Form des Helfens kommt nur beim Menschen vor, und es ist wichtig zu betonen, dass es nicht von der Sprache abhängt: Kinder informieren andere durch Zeigegesten. Dieses Verhalten muss ihnen nicht anerzogen werden. Es «kommt ganz natürlich zum Vorschein», und zwar

> *«ungefähr von ihrem ersten Geburtstag an – wenn sie zu laufen und zu sprechen beginnen […]. Im Laufe ihrer weiteren Entwicklung wird diese relativ uneingeschränkte Kooperationsbereitschaft der Kinder jedoch durch verschiedene Einflüsse verändert.»*[15]

Lügen, also eine Verweigerung der Kooperation,

> *«tritt erst einige Jahre später auf und setzt vorheriges Vertrauen und Kooperationsbereitschaft voraus. Wenn die Menschen nicht davon ausgingen, dass sie sich auf die Hilfsbereitschaft anderer verlassen können, würden Lügen gar nicht erst funktionieren.»*[16]

So sind wir Menschen am Anfang des Lebens. So sind wir von Natur aus. Wie weit ist doch dieser strahlende Anfang des Lebens entfernt vom geistigen Zustand der Grössenwahnsinnigen, Kriegstreiber, Lügner, Rechthaber, Verbrecher, Mörder? Was muss mit unseren geliebten Kindern passieren, dass aus dem Einjährigen, der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bereits in einem vorsprachlichen Alter als emotionale Qualitäten leben kann, später im Leben Charaktere werden, die völlig von ihrer Natur entfremdet leben? Was müsste sein, dass irgendwann einmal die Menschheit so leben könnte wie der Einjährige? Der wir doch alle einmal waren! Wenn sich die Menschheit unter dem Diktat der Irren nicht selbst vernichtet, wenn wir Zeit und Freiheit hätten, uns zu entwickeln …

Völlig anders, zeigt sich im Licht der personalen Humanwissenschaften, sind wir Menschen in Wirklichkeit, völlig anders als die grosse Menge gut bezahlter Intellektueller mit dem richtigen Parteibuch, die sich hinaufgearbeitet haben in die Sphären der «Staatsphilosophen», «Meisterdenker», Nobelpreis-, Würden- und Ordensträger. Sie werden ausgesucht, gefördert, emporgehoben in die Expertengremien und auf die Beraterstellen, von wo aus sie jenen 5–10%, von denen schon die Rede war, all die millionenfach falschen Theorien über den Menschen liefern, die zum Opium der Völker werden.

In den letzten hundertfünfzig Jahren wurde von Vertretern der personalen Strömungen in Geschichte, Psychologie, Pädagogik, Psychiatrie, Anthropologie und allen anderen Humanwissenschaften eine überwältigende Fülle von Wissen, Erkenntnissen und Können geschaffen. Sie alle zusammengenommen, lassen erkennen, wie und warum aus Einjährigen, die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit bereits in einem vorsprachlichen Alter als emotionale Qualitäten leben können, später im Leben Charaktere werden, die völlig von ihrer Natur entfremdet leben.

Diese Gewissheit, dass der Mensch anders ist. Völlig anders! Das ist die Hoffnung, der Tag-Traum, den wir im Blochschen Sinn träumen, als wäre die Menschheit ewig: *sub specie aeternitatis,* wie *Alfred Adler* sagte. Diese Hoffnung weiss um die Natur des Menschen und weiss um einen wirklich möglichen Zustand der Menschheit, der aus dem Verhalten des Einjährigen leise hervorschimmert und uns beweist: So könnte es immer sein. Ernst Bloch nennt es daher eine «gelehrte Hoffnung», eine «docta spes». Sie trotzt dem westlichen Irrsinn: Das ist nicht der Mensch, wie er seiner Natur nach wirklich ist. Wir sind völlig anders. •

---

1 Bloch, Ernst. *Prinzip Hoffnung*. 1. Band. 4. Aufl. Frankfurt/Main 1977, S. 1

2 Maio, Giovanni. «Therapieziel Hoffnung. Zur Bedeutung der Hoffnung in einer technisierten Medizin». In: *Zeitschrift für medizinische Ethik 61* (2015), S. 257–269

3 ebenda, S. 258

4 Bloch, Ernst. *Prinzip Hoffnung*. 1. Band. 4. Aufl. Frankfurt/Main 1977, S. 83f.

5 Marx, Karl. *Das Kapital I*, 1947 in: Bloch 1977, S. 85., S. 186

6 ebenda

7 Bloch, Ernst. *Prinzip Hoffnung*. 1. Band. 4. Aufl. Frankfurt/Main 1977, S. 85

8 ebenda

9 ebenda, S. 86

10 Maio, Giovanni. «Therapieziel Hoffnung. Zur Bedeutung der Hoffnung in einer technisierten Medizin». In: *Zeitschrift für medizinische Ethik 61* (2015), S. 259

11 ebenda, S. 263

12 Lizskowski, U.; Carpenter, M.;Tomasello, M. (2006): «12- and 18-month-olds point to provide information for others». In: *Journal of Cognition and Development* 7, S. 173–187

13 Behne, T.; Carpenter M.; Tomasello, M. (2005): *One-year-olds comprehend the comunicative intentions behind gestures in a hiding game.* In: *Developmental Science 8*, S, 492–499

14 Tomasello, Michael: *Warum wir kooperieren*. Frankfurt/Main 2010, S. 11f.

15 ebenda, S. 19

16 ebenda, S. 31

«So viele Brücken, so viele Leben, so viel Hoffnung»

von Eliane Perret

Man kann es nachfühlen, wenn angesichts der heutigen Weltsituation Zweifel daran geäussert werden, ob der Mensch tatsächlich gleichwertig und mit gegenseitiger Wertschätzung friedlich zusammenleben kann. Dabei wird übersehen, dass es bewusst eingesetzte, propagandagesteuerte Stimmungsmache ist, die den Menschen gegen den anderen aufbringt. Unzählige Beispiele von Persönlichkeiten zeigen jedoch, dass es zutiefst im Menschen verankert ist, sich für seine Mitmenschen einzusetzen. Einer von ihnen ist der aus Pontresina im Engadin stammende Toni Rüttimann. Viele kennen ihn als «Brückenbauer», was er seit nahezu vierzig Jahren im wahren und übertragenen Sinne ist.[1]

Mit 264 Metern ist die Fussgängerbrücke über den Río Aguarico immer noch die längste der von Toni Rüttimann gebauten Brücken. Vor einigen Monaten wurde nun daneben eine moderne Fahrzeugbrücke errichtet. (Bilder und Tabelle Toni Rüttimann)

«Das erste Mal im Leben sah ich so viel Leid»

«In Ecuador haben wir 365 Brücken gebaut und beenden damit unsere Arbeit im Land»[2], schreibt *Toni Rüttimann*, auch *Toni el Suizo*, in seinem aktuellen Nachrichtenbrief. Er berichtet darin über seine Projekte als Brückenbauer, zuerst in Südamerika und jetzt in Südostasien.

Vor fast vierzig Jahren, in der Nacht nach seinem Maturaabschluss am *Lyceum Alpinum* in Zuoz, hatte sich Toni Rüttimann ins erdbebenzerstörte Ecuador aufgemacht: «Es waren Ecuador und das Leid seiner Bewohner nach dem Erdbeben von 1987, die mir den Weg zeigten, und seine Menschen standen mir von Anfang an zur Seite», schreibt er heute. Er erkannte damals, was es bedeutet, keine Brücken mehr zu haben, die den Zugang zu Nahrungsmitteln, einem gesicherten Schulweg, ärztlicher Versorgung und Treibstoff für die Fahrzeuge sichern. «Ganze Dörfer waren noch immer hinter den tobenden Flüssen abgeschnitten. Endlos zogen Familien mit ihrem Hab und Gut in Bündeln zu Fuss durch das Land, auf der Suche nach einem neuen Leben. Weinende Kinder standen in den Ruinen entlang des Weges, verloren in ihrer Trostlosigkeit. Es war das erste Mal in meinem Leben, dass ich so viel Leiden sah.»[3]

«Habt ihr den Fluss gehört?»

Seither sind fast vier Jahrzehnte vergangen. Ein langer Atem und hartnäckiges Bemühen, getragen von einer grossen Mitmenschlichkeit, prägen seither Toni Rüttimanns Lebensweg. «Dies ist nicht der Moment, die ganze Geschichte zu erzählen. Dafür braucht es ein Buch. Und all meine Dankbarkeit wird niemals genug sein, besonders, wenn ich weiss, was aus dieser Geschichte für fast drei Millionen Menschen in fernen Ländern geworden ist. Es ist ein wenig traurig, jetzt aufzuhören [in Ecuador, A. d. V.], natürlich, aber es ist auch wunderbar zu sehen, dass man uns dort nicht mehr wirklich braucht.»

Doch ohne seine mutige Pionierleistung wäre es heute nicht so weit, dass die zuständigen Regierungen selbst aktiv werden und Toni Rüttimann feststellen kann: «Sogar am Río Aguarico, unserer vierten und immer noch längsten Brücke mit 264 Metern. 35 Jahre lang hat diese Brücke den elf Gemeinden, die sie barfuss mit übriggebliebenen Rohren und Bohrseilen aus den nahegelegenen Ölfeldern errichteten, treu gedient. Vor einigen Monaten eröffnete die Provinz- und Distriktregierung daneben eine moderne Fahrzeugbrücke. Etwas, das 35 Jahre lang unmöglich erschienen war, so wie unsere Fussgängerbrücke zuvor unmöglich erschienen war. Ich habe die Behörden gebeten, die Fussgängerbrücke ausser Dienst zu stellen und den Seilen ihre wohlverdiente Ruhe zu gönnen, auch aus Sicherheitsgründen. Sie sagen, sie möchten die Fussgängerbrücke neben der neuen offenhalten. Ich würde die Arbeiter, die diese Brücke unter gleicher sengender Sonne und gleichen donnernden Regengüssen, mit Wind im Gesicht, dort oben auf den Seilen so hoch über dem Aguarico zusammengebaut haben, so gerne fragen: ‹Kollegen: Habt ihr den Fluss auch gehört?› Denn was ich damals an diesem Fluss gelernt habe, hat mir bei weiteren fast tausend Brücken geholfen.»

Auch in einem kriegsgebeutelten Land

Mit seinem menschlichen Engagement konnte Toni Rüttimann das Herz vieler Menschen erreichen. Zum Beispiel von *Walter Yanez*, einem 22jährigen Schweisser und Mechaniker aus Lago Agrio, der bis zu diesem Jahr sein langjähriger Kollege in Ecuador wurde. Gemeinsam mit ihm baute Toni Rüttimann auch 101 Brücken in Kolumbien, Mittelamerika und Mexiko, nachdem Erdbeben und Hurrikans schwere Schäden hinterlassen hatten. «In drei Länder wurden wir von der ecuadorianischen Luftwaffe in ihren C-130 Hercules-Transportflugzeugen gebracht, als Geschenk an bedürftige Brudernationen.»

Der Bau einer Brücke erfordert eine anspruchsvolle Zusammenarbeit in luftiger Höhe.

Während die Arbeit in Ecuador nun abgeschlossen ist, geht sie in Südostasien genau auf der anderen Seite des Planeten weiter. «Obwohl man sich fragen muss, wie es möglich ist, in einem kriegsgebeutelten Land wie Myanmar weiterzuarbeiten. Anhaltende bewaffnete Kämpfe toben in den Grenzstaaten – Shan, Kachin, Kayah, Kayin und anderen – und verursachen massive Vertreibungen und akuten humanitären Bedarf. Und doch haben wir in den letzten 17 Jahren 180 Brücken in ganz Myanmar gebaut, 13 davon allein im Jahr 2025.»

Brückenbau per Bus

Sein Kollege *Aiklian* ist ihm hier eine unentbehrliche Hilfe. «Leise, schnell, fast unsichtbar. Ein Mann, der mit Dorfbewohnern, buddhistischen Mönchen, lokalen Behörden arbeitet. Und wo nötig, mit beiden Seiten des militärischen Konflikts.» Zuerst gemeinsam mit Toni Rüttimann und nun alleine, durchquert Aiklian das Land mit den öffentlichen Bussen, es sind grosse Distanzen von Nord nach Süd und von Ost nach West. «Woche für Woche, Jahr für Jahr. Wie viele Nächte, zählt niemand. Vor allem er nicht. Wir nennen es seit langem Brückenbau per Bus. Aiklian und ich im Bus, unsere Werkzeuge unter dem Bus. Das Brückenset selbst wird von den Dorfbewohnern vorab an den Ort transportiert, auf Lastwagen und manchmal Booten, von ihnen organisiert.»

Doch Toni Rüttimann selbst kann seit einiger Zeit die Arbeit nur aus der Ferne verfolgen, zuerst wegen Covid 19, dann dem Militärputsch, und aktuell ist er dabei, sich Schritt für Schritt aus seiner erneuten Lähmung durch das *Guillaume-Barré-Syndrom* heraus zu kämpfen. Zum Glück können er und die vielen Menschen, die einen Brückenbauer brauchen, auf Aiklian zählen: «Ein Mann in einem Bus, unterwegs, um das Leben von Gemeinschaften zu verändern, 6000 Menschen hier, 10 000 Menschen dort, weiter und weiter. Und er wird es tun, bis wir unsere Rohre und Drahtseile in Myanmar aufgebraucht haben – das sind noch etwa 20 Brücken.»

Drahtseile für Brücken statt Skipisten

Auch diese Arbeit wird unterstützt, denn Stahlrohre sind ein wichtiges Element des Brükkenbaus. Sie werden gespendet von *Tenaris*, einem weltweit tätigen Produzenten von nahtlosen Stahlrohren. Auch für Brücken in Indonesien sind Drahtseile unterwegs. Das Containerschiff *NYK Oceanus* bringt sie von Rotterdam nach Singapur. Drei ihrer Container sind mit 23 000 Metern Drahtseil gefüllt. Sie wurden im letzten Jahr von Seilbahnunternehmen in den Schweizer Bergen gespendet und kommen aus Schweizer Touristenorten wie St. Moritz. «Hier hatte ich als Kind Hunderte von Nachmittagen mit Skifahren verbracht. Skifahren, Rennen, Springen – wie ich diese Freiheit in den Bergen genossen habe!», erinnert sich Toni Rüttimann.

Mittlerweile sollte die Fracht (dank der Grosszügigkeit der Regierung zollfrei) vom indonesischen Kollegen *Suntana* im Hafen von Jakarta empfangen worden sein. Einen Teil davon wird er direkt nach Aceh in Nordsumatra bringen, das schon wieder von neuen Überschwemmungen getroffen wurde. «Wie oft bin ich in diesen Seilbahnen gefahren und habe zu den mächtigen Seilen über uns aufgeschaut, die uns sicher durch den eisigen Winterhimmel trugen. Ich hatte keine Ahnung, welche Rolle sie in meinem Leben spielen würden. Wie oft habe ich den Namen Garaventa auf dem Namensschild des Erbauers dieser und der meisten anderen Seilbahnen gelesen.» Und auch hier ein menschliches Engagement: *Fredy von Moos*, pensionierter Manager für Montage und Logistik des Unternehmens, kümmerte sich persönlich darum, die aus allen Teilen des Landes gesammelten Drahtseile zu lagern, Exportdokumente vorzubereiten, alles in Container zu laden und zu versenden. «Alles von Herzen», wie Toni Rüttimann schreibt.

Freiheit muss gebaut werden

Angesichts der heutigen Weltlage gibt Toni Rüttimanns unentwegter Einsatz für das Wohlergehen aller Menschen zu denken. Er hat recht, wenn er schreibt: «Mit 19 Jahren, nachdem ich Brückenbauer für die Armen geworden war, ging ich nie wieder Skifahren. Ich hatte gelernt, Freiheit und Bedürfnisse anders zu betrachten. Freiheit muss gebaut werden. Für und mit den Menschen. Die Frucht von alledem – so viele Brücken, so viele Leben, so viel Hoffnung. Allen, die geholfen haben, danke!»

Auch für sich selber ist er daran, sich wieder mehr Freiheit zu erkämpfen, wie er im PS seines Nachrichtenbriefs festhält: «Es ist etwas mehr als sieben Monate her, seit das *Guillaume-Barré-Syndrom* mich wieder gelähmt hat. Ich übe geduldig, und inzwischen mache ich 3000 Schritte und schwimme 500 Meter täglich. Meine Arme und Hände verbessern sich langsam, und ich kann diese Notiz mit zwei Fingern tippen. Vor dreiundzwanzig Jahren dauerte meine Genesung zwei Jahre; diesmal müssen wir noch abwarten. Danke für alle guten Wünsche und Gedanken, meine Freunde.» •

Land	Brücken gebaut	Personen bedient
Kambodscha	79	230'300
Indonesien	136	855'600
Laos	43	129'900
Myanmar	180	691'700
Vietnam	58	248'000
Südostasien	**496**	**2'155'500**
Argentinien	2	3'500
Kolumbien	19	30'200
Costa Rica	14	8'000
Ecuador	365	438'700
El Salvador	1	2'500
Honduras	33	89'700
Mexico	30	22'400
Nicaragua	4	7'700
Latein Amerika	**468**	**602'700**
Total	**964**	**2'758'200**

18.12.2025

So viele Länder – so viele Brücken – so viele Menschen.

[1] siehe auch: Perret, Eliane. «Brücken bauen zwischen Menschen und Orten. In: *Zeit-Fragen* Nr. 19 vom 19.9.2023; Perret, Eliane. «Brücken zu den Menschen und zur Welt». In: *Zeit-Fragen* Nr. 15 vom 8.7.2025

[2] Rüttimann, Toni. «So viele Brücken – so viele Leben». *Newsletter* vom 19.12.2025. Die im folgenden nicht speziell aufgeführten Zitate sind diesem Newsletter entnommen.

[3] Diese persönlichen Erinnerungen *Toni Rüttimanns* an die ersten Jahre seiner Brückenbauerzeit sind auf der Webseite der *Stiftung Dr. J. E. Brandenberger* zu finden, deren Preisträger er 1999 war. Sie durften für diesen Artikel mit der freundlichen Genehmigung von Toni Rüttimann übernommen werden; *https://www.stiftungbrandenberger.ch/index.php/de/archiv/69-1999-toni-ruettimann.*

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung, für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft *Zeit-Fragen*
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach 247
CH-9602 Bazenheid
E-Mail: *redaktion@zeit-fragen.ch*
abo@zeit-fragen.ch
Internet: *www.zeit-fragen.ch*

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG
Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.
CH: PostFinance, BIC POFICHBEXXX
IBAN CH91 0900 0000 8764 4472 4
D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH
IBAN DE09 6039 1310 0067 5170 05
A: Raiffeisen Landesbank, BIC RVVGAT2B
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599
Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2026 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.